

Volkstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Sindaa, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 1. — Fernsprech-Nr. 1411. Für Inserate 1921. Für die Redaktion 1794. Für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsstelle 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einchl. Postung 12.00 RM, monatlich 4.00 RM. Beim Abbestellen Verlag und den Ausgabestellen. Vierteljährlich 17.10 RM, monatlich 5.70 RM. Bei den Postanstalten Viertelj. 16.00 RM, monatlich 5.00 RM, ohne Postgeb. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigengebühr: die gesetzl. Normen. 1.00 RM, im Reklameteil Seite 2.50 RM, Vereinskolonnen Seite 50 Pf. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. Postfach-Nr. 5256 Berlin.

Nr. 32.

Magdeburg, Dienstag den 8. Februar 1921.

32. Jahrgang.

Die Einladung nach London.

Die angekündigte Einladung zur Londoner Konferenz ist der deutschen Regierung nunmehr vom französischen Votschafter in Berlin überbracht worden. Die Regierung hat sich die Antwort auf die Einladung vorbehalten. Es ist aber, falls keine neuen Verwicklungen eintreten, mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß am 1. März dem Wunsche der Alliierten entsprechend deutsche „qualifizierte Vertreter“ in London erscheinen werden, denn Deutschland hat gar keinen Grund, einer solchen Unterredung aus dem Wege zu gehen.

Allerdings kann entzogen werden, ob nicht vor Annahme der Einladung eine Vorfrage gestellt werden muß. In Paris sind bekanntlich sogenannte „Sanktionen“ beschlossen worden, die in Kraft treten sollen, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen hinsichtlich der Entwaflnung nicht nachkommt, und es ist hinzugefügt worden, daß dieselben Sanktionen oder Strafbestimmungen auch für den Fall gelten sollen, daß Deutschland seine Wiedergutmachungspflichten nicht erfüllt. Es ist aber einstweilen noch nicht recht klar, ob die Anwendung dieser Sanktionen in Aussicht genommen ist erst für die Zeit, in der eine vertragmäßige Regelung der Wiedergutmachungsverpflichtungen erfolgt sein wird, oder ob diese Sanktionen dazu benutzt werden sollen, um die Zustimmung Deutschlands zu den Pariser Beschlüssen zu erpressen. Da die Beschlüsse von Paris in Widerspruch zu dem Vertrag von Versailles stehen, wäre ein derartiges Unternehmen nichts weiter als ein richtiges Räuberstück.

Der deutschen Regierung wäre es also nicht zu verargen, wenn sie sich vor Annahme der Einladung darüber vergewisserte, daß man in London mit ihr verhandeln und ihr nicht die Pistole einer rechtswidrigen Gewaltandrohung an die Brust legen wird.

Geht die deutsche Regierung nach London, so wird eine ihrer ersten Pflichten sein, dort zu sagen, daß von den vier sogenannten Sanktionen zwei vertragswidrig sind, so daß ihre Anwendung unter allen Umständen — auch soweit es sich um die Entwaflnung handelt — einen Bruch des Vertrags bedeuten würde. Die Alliierten würden durch eine neue kriegerische Handlung den Frieden von Versailles zerbrechen, wenn sie unter irgendeinem Vorwand in unbefestetes deutsches Gebiet mit Militärmacht eindringen würden. Dazu gibt ihnen der Vertrag in keiner Weise das Recht. Ähnlich steht es mit der angebotenen zollpolitischen Abschmürung der besetzten Gebiete vom Reich. Der Friedensvertrag gestattet zwar den Alliierten unter Umständen im besetzten Gebiet ein besonderes Zollregime zu errichten, aber nur dann, wenn dies im Interesse der Bevölkerung der besetzten Gebiete als notwendig erachtet wird. Die Errichtung eines besonderen Zollregimes kommt daher nur dann in Frage, wenn sie im angelegentlichen Interesse der Einwohner erfolgen soll. Sie als

Droh- und PreSSIONsmittel gegen das übrige Deutschland zu mißbrauchen, dazu gibt der Vertrag den Alliierten nicht das Recht.

Auf der Londoner Konferenz wird dann zu sagen sein, daß und warum die deutsche Regierung die Pariser Beschlüsse als Grundlage der Verhandlungen ablehnt. Das ist eine Aufgabe, um die man trotz allem die deutschen Vertreter eigentlich beneiden kann. Wird in London um die Beschlüsse von Paris ein geistiger Kampf ausgefochten, so werden sich die deutschen Vertreter dabei in einer ungewöhnlich günstigen Stellung befinden. Wenn sie ihre Sache gut machen, dann werden alle vernünftigen Menschen ohne Unterschied der Nation für die Pariser Beschlüsse nur noch ein Gelächter übrig haben.

Da die deutsche Regierung die Pariser Beschlüsse nicht annehmen wird, und da die Vorschläge, die sie mitbringen wird, auf keinen Fall den Wünschen der Alliierten entsprechen werden, ist schon heute voranzusehen, daß die Londoner Konferenz resultatlos auseinandergehen wird. Dann steht die Entente vor der Wahl, ob sie

einen Gewaltstreich ausführen oder die Reparationskommission ihres Amtes walten lassen will. Das zweite hat die weitaus größere Wahrscheinlichkeit für sich. Die Reparationskommission wird also zusammentreten müssen, sie wird eine genaue Liste der zu entschädigenden Kriegsschäden aufzustellen haben, und sie wird der deutschen Regierung Gelegenheit geben müssen, über die Möglichkeit dieser Aufstellungen ge-

hört zu werden. Dann wird sie bis zum 1. Mai die Summe zu bestimmen haben, die Deutschland im ganzen zu zahlen haben wird und die Jahresraten wenigstens für die ersten Jahre festlegen. Sie wird dabei nicht die vertragswidrigen Pariser Beschlüsse einfach übernehmen können, sondern sie wird sich streng an die Bestimmungen des Versailler Vertrags zu halten haben.

Was nach der Londoner Konferenz werden die Alliierten eine für sie, für uns und für die ganze Welt folgende schwere Entscheidung treffen müssen. Nach der Stimmung in Frankreich und nach den zwei Reden, die Lloyd George am Sonnabend in Birmingham gehalten hat, zu urteilen, kann ein Zweifel nicht bestehen: sie werden sich für die Gewalt entscheiden.

Und wie sollten sie das nicht tun? Für sie gilt immer noch die Politik, die vor 1914 noch in Deutschland herrschte, daß in den Beziehungen der Völker letzten Endes

die Macht entscheidet.

Lloyd George hat es ja deutlich genug ausgesprochen, als er in Birmingham sagte, er habe das Gefühl, dem Deutschland von 1914 gegenüberzustehen und uns drohend warnte, uns nicht zu den Tollheiten von 1914 hinreißen zu lassen. Lloyd George weiß natürlich besser als sonst jemand, daß Deutschland, wenn es gleich wollte, gar nicht in der Lage ist, sich mit militärischen Mitteln zur Wehr zu setzen. Aber diese Drohung und die Anpreisung sind nur berechnet, die Welt auf die reißlich beschlossene Vergewaltigung vorzubereiten. Und deshalb sind die Reden von Birmingham eine symptomatische Einleitung für die „Verhandlungen“ von London. Sie wirken wie ein Kanonenschuß. Aber wenn die Alliierten auch ihres „Sieges“ von vornherein sicher sein können, so ist nichts weniger als sicher, daß sie gewinnen werden. Denn es kommt nicht darauf an, Essen oder Frankfurt zu besetzen, die Zolleinnahmen zu beschlagnahmen oder sonstige Gewaltmaßnahmen zu treffen, sondern die zerstörten Gebiete aufzubauen und für die Kriegsoffer zu sorgen. Durch die Vergewaltigung Deutschlands wird sicher weder den einen noch dem andern geholfen werden. —

Linsenhoffs Sündenregister.

Es wird uns geschrieben:

Die in der vorigen Woche erörterten, dem Landesbau- rat Linsenhoff (Wertheburg) zur Last gelegten Schie- bungen scheinen durch die Presseberichte noch nicht erschöpft zu sein. Ein weiterer Skandal sei im folgenden aufgedeckt:

Bei Kriegsausbruch lag in Stettin ein Dampfer mit Schienen für Japan; der Dampfer konnte nicht mehr auslaufen und Ende 1915 kaufte Linsenhoff als Geschäftsführer des „Sachsenwerks“ die Ladung. Von diesen Schienen nebst Kleinzeug verkaufte das „Sachsenwerk“ im März 1916 etwa 650 Tonnen an die Kleinbahn Kirchhel- lingen—Hausjümmern, 1170 Tonnen an die Kleinbahn Wis- mark—Beulingen und 320 Tonnen an die Kleinbahn Kö- nern—Rothenburg i. Sa., also rund 2140 Tonnen = 85 Kilometer Schienen zum Preise von 135 Mark pro Tonne.

Im Juli 1916 kaufte das „Sachsenwerk“ die sämtlichen Schienen wieder von den Kleinbahnen zurück, und zwar zu demselben Preise, obgleich die Tonne inzwischen etwa um 50 bis 60 Mark gestiegen war. Infolge der un- heilvollen Personalunion Linsenhoffs als Geschäftsführer des „Sachsenwerks“, Kleinbahnvorstand und Provinzial- Kleinbahndezernent konnten sich die einzelnen Kleinbahnen hiergegen nicht wehren und wurden so

um rund 107 000 Mark geschädigt.

Diese Schienen verkaufte nun das „Sachsen- werk“ bald darauf mit erheblichem Gewinn an Walter Göhne (Berlin), diese durch Linsenhoff so offenbar bevorzugte Firma, die neuerdings ihren Lagerplatz un- mittelbar neben dem des „Sachsenwerks“ in Stendal ange- legt hat.

Nun aber kommt das Ungeheuerliche: Zu einer Zeit, wo unsere schmerzenden Heere bluttreifend in dem zerschmetterten Trommelfeuer der Abwehrschlachten kämpften, wo jede Schiene zum Bau von Unterständen fast noch wich- tiger war als Gewehr und Kanone, zu einer Zeit, wo die Blüte des deutschen Volkes für Vaterland und Freiheit aus- tausend Wunden blutete und starb, zu dieser Zeit ver-

kaufte — zwar nicht ein „vaterlandstroscher Geselle“ —, denn die standen ja mit Millionen Volksgenossen Schulter an Schulter im Schützengraben, sondern der Unabkömmliche, reklamierte Walter Göhne mit Wissen des Unabkömmlichen, Reklamierten und Deutschnationalen Linsen- hoff

85 Kilometer Schienen nach Dänemark!!!

Armes deutsches Volk! Wieviel Tränen wären unge- weint geblieben! Wieviel Witwen und Waisen erfreuten sich heute noch ihres Gatten und Vaters, wenn nicht feige Mammonsucht das wichtigste Schuttmittel des schverringenden Kampfsoldaten in schmöder Profitgier an das U s l a n d ver sch a d e r t hätte!

Es wird noch festzustellen sein, woher Walter Göhne bzw. das „Sachsenwerk“, welches die Verladung der Schie- nen tätigte, die Ausfuhrbescheinigung erhalten hat. Wir können uns nicht denken, daß die Regierung zu Zeiten größter vaterländischer Not die Ausfuhrbescheinigung für Material gegeben hat, das von der kämpfenden Truppe dauernd so dringend angefordert und so bitter benötigt wurde.

Trotz des überragenden „fachmännischen Weitblickes“ des Herrn Linsenhoff, den wir, so weit er seinen eignen Vor- teil anbelangt, sicherlich nicht unterschätzen, sind nun die oben genannten Bahnen heute noch nicht fertig. Die erforderlichen Schienen sind, wie alles andre, enorm im Preise gestiegen. Das nach Dänemark verkaufte Ma- terial muß heute neu beschafft werden. Die Schie- nenpreise betragen aber heute rund das 20fache pro Tonne. Die Mehrkosten, die letzten Endes durch den Steuerzahler aufzubringen sind, betragen demnach rund 6 Millio- nen Mark!

Man wird sich hiernach nicht mehr wundern, wenn trotz der „höheren Wirtschaftskunst“ des Herrn Linsenhoff ver- schiedene bisher schuldenfreie Provinzialkleinbahnen heute mit Millionenhypotheken belastet sind!

Die Provinzialverwaltung selbst wird sehr wahrscheinlich tief in den Säckel langen müssen, weil manche der Geschäftsführer Linsenhoffs auf ihr Konto gehen. Wir haben berichtet, daß Linsenhoff angeblich für die Provinz vier Militärbaracken vom Reichsvermögensamt ge- kauft, drei davon aber an Private verschoben hat. Wie uns mitgeteilt wird, verlangt das Reichsvermögensamt von der Provinzialverwaltung, in deren Namen die Geschäfte gemacht wurden, den

Mehrgewinn von 48 000 Mark zurück.

Die Stahlwerke, welche Verträge über Schienen- lieferung mit der Provinzialverwaltung abgeschlossen hatten, während des Krieges von Linsenhoff abgerufen, in Wirk- lichkeit aber nicht notwendige Schienen, wegen Nichtlieferung hohe konventionale Strafen bezahlten, verlangen nun von der Provinz die Rückzahlung der Beträge.

Das alles geschieht unter altpreußischen Beamten wäh- rend des Krieges und unter der Verantwortung des Landes- hauptmanns v. Wilnowski. In der reaktionären Presse wird man aber weiter fortfahren, die Korruption als Folge der Revolution zu bezeichnen. —

Lloyd George droht.

In seiner aus Anlaß der Verleihung des Ehrenbürgerrechts in Birmingham gehaltenen Rede erklärte Lloyd George, die Pariser Konferenz, die trotz gewaltiger Fragen in einer Woche zur Übereinstimmung gelangt sei, sei sich bewußt gewesen, daß es unmöglich sei, den Welthandel wiederherzustellen, bevor in Mitteleuropa normale Verhältnisse herrschten. Erste Vorbedingung dafür sei die Wiederherstellung eines wirklichen Friedens, der abhängig von der Respektierung der Friedensverträge. Deutschlands Militärmacht müsse unwiederherstellbar abge- brochen werden. Deutschland habe bereits ausgeliefert 81 000 Geschütze, 33 Millionen Granaten, 70 000 Maschinengewehre, 3 Millionen Gewehre, 411 Millionen Patronen. Deutschland habe aber noch immer zuviel Kriegsmaterial und Munitions- herstellungsmaschinen und zuviel ausgebildete Mannschaften. Lloyd George behandelte hierauf die schwierige Frage, Deutsch- land die Reparation zahlen zu lassen, ohne daß dabei dem Empfänger Schaden zugefügt werde, z. B. durch billige Waren, was Arbeitslosigkeit zur Folge haben müßte, und die Frage der Wechselkurse. Lloyd George sagte, die Deutschland vorige Woche überreichte Rechnung sei auf die Erwägung der Schwierigkeiten,

Prinz und Offizier.

Wie Hohenzollernprinzen Offizieren gegenüber handeln, wenn sie ihnen un bequem werden, hat sich wieder einmal an einem Kapitänleutnant in Bornstedt bei Potsdam gezeigt. Der Offizier wohnte dort in der sogenannten Prinzenkammer, der Wohnung des Prinzen Oskar von Preußen. Am 1. Oktober wurde ihm nun gekündigt, weil angeblich der Prinz selbst die Wohnung beziehen wollte. In Wirklichkeit sollte aber der Offizier, weil er den Rapp-Busch nicht mitgemacht hatte, auf die Straße gesetzt werden und in die Wohnung ein v. Bauer einziehen, der für Rapp in Potsdam eine Offizierskompanie aufgestellt hatte. Der Kapitänleutnant klagte, das Mietverhältnis sei ihm nicht zu machen. Aber wozu hat Prinz Oskar in Potsdam „sein“ Amtsgeschäft? Prompt erließ das Amtsgericht auf Wunsch eines Räumungsbefehls. Der Kapitänleutnant sollte mit seiner — erst kürzlich von Typhus genesenen — Familie in drei mit Stein gepflasterte Räume ohne Licht, ohne Heizung, ohne Aborte, ohne Gas und Wasser einziehen. Das es nicht geschah, verdankte er nur den Arbeitern, die sich weigerten, den Umzug auszuführen. Von Bauer braucht die Wohnung nicht; er besitzt bereits eine ganze Flucht Zimmer, Kaminen, Ställe usw. Es ist nichts weiter als Terror und brutale Mißhandlung eines Mannes, der anderer Meinung als dieses Monarchistengehirn ist. Die gleichen Gefellen toben und schreien dann über den Terror der Sozialdemokraten.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die neuen Pariser Forderungen haben ihre Wirkung nicht verfehlt: die unbegründete Festigung der Mark, die von Mitte bis Ende Januar die Börsenpropyeten und die Kritiker des Wirtschaftslebens vor unlösliche Mäkel stellte, wurde jäh unterbrochen, um zunächst einer scharfen erneuten Entwertung der Mark Platz zu machen. Unfre gewohnte Kursstabelle gibt davon ein klares Bild. Es notierten:

	am 22. Januar	29. Januar	5. Februar
1 Dollar (Neuhort)	80,18	56,94	52,50/2
100 Gulden (Amsterd.)	1988,00	1985,55	2182,85
100 Frank (Paris)	414,55	399,80	441,00
100 Kronen (Stockholm)	1228,70	1263,70	1378,60
1 Pfund (London)	226,12	221,25	241,75
1 goldenes 20-Mark-Stück	283,00	228,00	250,00

Es ist klar, daß die für Jahrzehnte festgelegte wirtschaftliche Knebelung Deutschlands, wie sie in den Pariser „Propositionen“ (Vorschlägen, als was sie gültigerweise bezeichnet werden, die aber in Wirklichkeit „Bedingungen“ sind, zum Ausdruck kommt, jedem unglücklichen Besitzer von Markforderungen die Hoffnung auf Besserung vergraulen werden. Was ist da eine Milliardenleihe, wie sie von Amerika erhofft wurde: eine einzige Jahresleistung! — Und die Aussicht auf diesen Milliardenpump hatte wohl in der Hauptsache die Besserung unserer Valuta im vorigen Monat beanlagt. Heute denkt kein Mensch mehr an den rettenden Dollar!

Bezeichnend ist die Festsetzung einer 12prozentigen Ausschreibung über die man allerdings Genaueres noch nicht erfahren konnte. Sollen die Engländer und Franzosen so schlechte Nationalökonomien gewesen sein, als daß sie nicht genau den Lusten einer solchen Forderung bei gleichzeitiger Forderung forcierter Ausfuhr erkannten? Sie haben vielleicht an die neutralen Kredite gedacht, an die Ausfuhr, die Deutschland auf Grund dieser Kredite (es kann sich da doch nur um Produktionskredite handeln) an das geldgierige Land wird leisten müssen, und von der — was das wichtigste ist — England, Frankreich und die übrigen unter der Palme des famosen Völkerbundes versammelten Länder nichts, aber auch gar nichts hätten! Amerika ist bekanntlich dem Völkerbund ferngeblieben, was die Liebe vor allem Englands, dieses größten wirtschaftlichen Feindes von Amerika, nicht gerade gefördert haben dürfte. So kann man wohl annehmen, daß die Festsetzung des Ausfuhrzolls von 12 Prozent in erster Linie dazu bestimmt ist, die Hilfe Amerikas auszuschalten, zum mindesten der interalliierten Kontrolle und Aufsichtung zu unterstellen. Wie weit sich dies Amerika wird gefallen lassen können, ist zweifelhaft, denn Amerika ist in bitterer Notlage, weil es zu viel Ware hat, gerade so viel, als früher Mittel-

Monate von rasender politischer Entwicklung während betätigt war. Das Buch führt uns in seinem Schlußteil über die Putz- und Bewegung der Unabhängigen und Spartakisten in die unergieblichen Zuntage des Jahres 1919, als in Weimar in zahllosen Tag- und Nachsitzen für und wider die Unterzeichnung des Friedensvertrags gerungen wurde. Scheidemann war Gegner der Unterzeichnung. Als er in der Fraktion unterlag, trat er zurück. Bis unmittelbar zu dem Tage seines Austritts hat Scheidemann die Aufzeichnungen geführt, die uns auszugeweiht nun vorliegen.

Eine gewisse Schwäche des Buches wollen wir nicht verschweigen! Sie liegt daran, daß es nur Episoden bringt, nicht etwa eine zusammenhängende Darstellung. Wir vermuten, daß in den 26 Tagebüchern, die Scheidemann seit dem Juli 1914 vollgeschrieben hat, noch sehr viel wertvoller geschichtlicher Stoff verborgen ist, und hoffen, daß uns Scheidemann zu gelegener Zeit seine vollständigen Erinnerungen nicht vorenthält.

Millionenbettel der Volkspartei.

Man spricht davon, daß aus den Kreisen der Großindustrie der Deutschen Volkspartei für Wahlzwecke schon annähernd 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden seien. Wenn wir im Augenblick auch die Höhe dieser Summe nicht nachprüfen können, so besteht doch kein Zweifel daran, daß die dividendengehegneten Schwerindustriellen tief in ihren Beutel greifen, um die Partei der Steuerflüchtigen im Wahlkampf kräftig zu unterstützen. Sie wissen, daß ihre Interessen auf dem Spiele stehen, wenn eine sozialistische Mehrheit zum Preussischen Landtag gewählt würde, so daß endlich Ernst gemacht werden könnte mit dem wirklichen Neuaufbau der deutschen Wirtschaft, d. h. mit der Sozialisierung.

Wenn der einzelne unter den Großkapitalisten es aber noch nicht wissen sollte, so sagt es ihm die Deutsche Volkspartei in dringenden Bettelbriefen täglich aufs neue. Vor uns liegt ein Aufruf, den die Kettenprengerpartei an die Kapitalisten erläßt, unterzeichnet von Stresemann, Böglar, v. Richter und Kempe. Darin heißt es:

Die Durchführung des Wahlkampfes erfordert ungewöhnlich große Mittel. Aber jedem steht der Preis vor Augen, um den dieses Ringen geht. Unterliegen wir, dann wird der sozialistische Staat mit seinen zerstörenden Folgen der Sieger sein. Gewinnen wir, dann schafft sich das Bürgertum die Grundlage, auf der erhalten werden kann, was noch steht.

Aber die Herren werden noch viel energischer. Damit mir ja niemand vergißt, was für eine wundervolle Partei die Gruppe des Herrn Stresemann ist, wird den um Beiträge angebetelsten Kapitalisten noch besonders die sozialistische Gefahr vor Augen geführt:

Der 20. Februar wird entscheiden, ob die sozialistische Revolutionäre Regierung in Preußen mit all ihrer Miß- und Praxiskonterik endlich beseitigt werden kann oder nicht! Bleibt die Sozialdemokratie weiter am Ruder, so wird sie mit Sicherheit ihre alte Stellung in Reich und Provinz wieder zurückerobern. Dann sind alle Anstöße zum Wiederaufbau dahin: Die Anwartschaft wird wiederkehren der letzte Rest des Selbsttums der Bürger zerbischen, die Selbstständigkeit der Erntens des einzelnen wird mehr denn je bedroht sein, die produktive Wirtschaft durch neue unsinnige Sozialisierungsversuche vernichtet werden. Darin liegt letzten Endes die ungeheure Bedeutung der preussischen Wahlen!

Für jeden, der um seinen Geldsack besorgt ist, liegt sich das natürlich geradezu nerbenerstümmend. Es wird ihn aber noch viel mehr erschüttern, wenn er erfährt, daß dieselbe Partei, die ihm die Greuel einer sozialdemokratischen Herrschaft so wirkungsvoll schildert, zur gleichen Zeit lebhaft bemüht ist, die Sozialdemokratische Partei wiederum in die Reichsregierung hineinzubekommen, also selbst dazu in hervorragendem Maße beitragen will, daß die Sozialdemokratie „mit Sicherheit ihre alte Stellung im Reiche sich wieder zurückeroberet“. Stresemann knöpft den Kapitalisten also unter ganz falschen Vorwiegungen das Geld ab, und es ist nicht sein Verdienst, wenn die gefährdete Herrschaft der Sozialdemokratie im Reiche noch nicht wieder da ist.

mit denen Deutschland zu kämpfen habe, gegründet. Die Rechnung sei aufgestellt worden im Verhältnis zu Deutschlands Wohlfahrt, da Deutschland angesichts seiner augenblicklichen Lage zuerst nur ein Minimum bezahlen könne. (11) Simons, der ein außerordentlich aufrichtiger Staatsmann sei, beklage sich darüber, daß die Note der Alliierten nicht vollständig sei. Lloyd George sagte, Deutschland könne die gesamte Note haben, die fertig vorlege, er räte jedoch zur Annahme der bereits vorgelegten Rechnung. Deutschland möge sich nicht durch augenblickliche Leidenschaften dazu verleiten lassen, die Vorheiten von 1914 zu wiederholen. Deutschland sei noch nicht so besteuert wie Frankreich und Großbritannien. Die Forderungen der Alliierten seien gerecht und müßten durchgesetzt werden. Wenn alternative Vorschläge unterbreitet werden würden, so würden sie ehrlich in Betracht gezogen werden. Aber der bloße Versuch, einer Zahlung zu entgehen, könne nicht geduldet werden. Nichts könne die Alliierten mehr dazu verleiten, eine strenge Aktion zu unternehmen, als das Gefühl, daß sie dem Deutschland von 1914 gegenüberstünden.

Die Drohungen des englischen Ministerpräsidenten (siehe auch unseren Leitartikel) werden niemand überraschen. Auch nicht die fortgesetzten Unrichtigkeiten von dem Wohlstande Deutschlands. Lloyd George hat nur eins vergessen: zu sagen, wie der Welthandel wiederhergestellt werden kann, wenn Deutschland wirtschaftlich erdroffelt wird. Denn darauf läuft die Politik der Alliierten hinaus.

Scheidemanns Tagebücher.

In diesen Tagen werden im „Verlag für Sozialwissenschaft“ zu Berlin die Erinnerungen Scheidemanns an den Weltkrieg und an die Revolution erscheinen. Das Buch führt den Titel „Der Zusammenbruch“ Scheidemann hat seit den Zustagen 1914 beinahe täglich Aufzeichnungen gemacht, die ihm als Grundlage für sein Buch dienen und häufig im Wortlaut angeführt werden.

Wie kaum ein zweiter Parlamentarier hat Scheidemann Gelegenheit gehabt, während des Krieges die Fäden der deutschen Politik zu beobachten. Daß er dies mit dem kritischen Blicke des sozialdemokratischen Führers tat, geht aus jeder Seite seines Buches hervor. Darum bringt seine Arbeit gegenüber den zahlreichen, bisher erschienenen Erinnerungswerken sehr viel Neues. Daß Scheidemann neben Eduard David der eigentliche Führer der Politik unserer Partei während des Krieges gewesen ist, wird durch sein Buch klar aufgezeigt. Schon in seinem Vorwort sagt Scheidemann, daß er im Gegensatz zu andern Memoirenschreibern nicht das Bedürfnis habe, sich zu rechtfertigen, zu entschuldigen oder zu verteidigen.

Auch für manche unserer Parteigenossen aber wird neu sein, daß Scheidemann mehrfach für Entscheidungen unserer Partei verantwortlich gemacht worden ist, die er selbst bekämpfte. So hat er in der Fraktion lebhaft für Ablehnung des Friedensvertrags von Brest-Litowsk gewirkt. Die Fraktion entschied für Enthaltung, und niemand hat mehr als Scheidemann Vorwürfe dafür einstecken müssen. Im Herbst 1918 war Scheidemann entschieden gegen den Eintritt der Sozialdemokratie in das Kabinett des Prinzen Max. Trotzdem zwang ihn die Parteidisziplin, der erste sozialdemokratische Staatssekretär in diesem Kabinett zu werden. Der Mann, der bis zuletzt unsere Beteiligung an der Regierung bekämpft hatte, wurde damals von allen unabhängigen Verfassungsfreieren als ein eigennütziger Streber geschildert, dem es nur darum zu tun sei, einen Ministerposten zu erlangen.

Von besonderer Wichtigkeit sind in dem Buche die Kapitel über die Beratungen innerhalb unserer Fraktion und des Parteivorstandes in den ersten Augusttagen 1914, ferner über die Vorgeschichte des U-Boot-Krieges und der Friedensresolution, über die ersten politischen Massenstreiks und über die sozialistische Friedenskonferenz in Stockholm. Die Vorgänge im Oktober und November 1918 werden durch die Feder Scheidemanns zum erstenmal von einem geschildert, der in allen Stadien dieser

Das Buch ist in einigen Tagen in unserer Buchhandlung zu haben, die schon jetzt Bestellungen entgegennimmt.

Verfolgte Dichter.

Von Otto Schülle

Als eins der ersten „Opfer“ der Novemberrevolution fiel im Jahre 1918 mit der Verkündung der Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift die Theaterzensur. Wenn man bedenkt, wie mancher lastträger und hochwürdige Polizeikommissar in selbstgefälliger Stillschließungsgefühle gegen Kunst und Künstler, Dichtung und Dichter sich ungefügt hat auszuheben können, ferner wie die berufsmäßigen Stillschließungsapostel und gewerbenmäßigen Wächter jeder Äußerung der Freiheit und jeden künstlerisch freien Gestaltungsdrang mit Hilfe dieser Zensur zu unterdrücken vermochten, dann ist der Ruf nach erneuten Fesseln, nach einer Wiederaufnahme der Theaterzensur von Seiten dieser Gesellschaft, vor deren „leuschten“ Ohren man nicht nennen darf, was ihre „leuschten“ Herzen nicht entbehren können, nicht verwunderlich.

Diesen Dunkelmännern einmal einigz Grundzüge zu sagen, habe ich nach kürzlich Erlebtem für dringend notwendig.

Seidern Schönerr „Glaube und Heimat“ uns geschenkt hat, steht er bei einer gewissen Sorte Volksgenossen in nicht gutem Ansehen. Besonders im Rheinland hat dieser Dichter sich „unbeliebt“ gemacht. Was lag näher, als bei Gelegenheit an diesem Dichter einmal ein Mäuschen zu fassen. Nun, der Krieg kam, und mit ihm die Gelegenheit für so manchen Schieber und Dunkelmann, unfaubere Vorteile zu ertingen und zu „verantern“. Daß die einflußreichen Dunkelmänner im Generalkommando in Münster und anderswo diese Gelegenheit zur Erfüllung ihres Machtschürfnisses nicht vorbegehen lassen würden, war zu erwarten. Und die Sache war für Schönerr „Glaube und Heimat“ war während der ganzen Kriegsdauer im Bereich des 7. Armeebezirks verblieben, obwohl das Stück zu gleicher Zeit in den verschiedensten Gegenden des Vaterlandes unbehindert aufgeführt werden durfte. Nun, die Nacht des Generalkommandos in Münster hatte eines Tages auch ein Ende, und damit fiel auch die Macht jener Dunkelmänner, Dichter totzumachen und zu unterdrücken, die ihnen Wahrheiten, wenn auch bittere Wahrheiten, sagten.

Nach Schönerr ist es jetzt ein anderer, der einer gewissen Sorte Menschen das Blut in Wallung bringt: Heinrich Lautensack.

Ich glaube, man möchte ihn steinigen, wenn er nicht schon gestorben wäre, weil — nun weil er die „Pfarrhauskomödie“ ge-

schrieben und damit leuschten Ohren und unleuschten Herzen einige Wahrheiten gesagt hat, die beileibe nicht gesagt werden dürfen und die man gern mit Zöhlen, Pfeifen und Gläserwürfen, nicht zuletzt aber auch mit Hilfe der Polizeigenfur „schäblich widerlegen“ möchte. Nachdem es in Berlin, Leipzig und Hannover bezüglich der Aufführung der „Pfarrhauskomödie“ zu gewaltigen Theaterstürzen gekommen war, ist das Stück kürzlich auch im Rheinland, und zwar in Hagen, Wesel und Mülheim an der Ruhr aufgeführt worden. Überall haben die Aufführungen die Zentrumsstimmung maßlos erregt, und nur dem Umstand, daß es sich hier um geschlossene Theaterveranstaltungen handelte, ist es zuzuschreiben, daß sich die Erregung nicht in Gewalttätigkeiten Luft machte.

Wozu nun all die Aufregung? In Mülheim hatte man die Polizei mobil gemacht und zwei „Polizeigewaltige“ versucht dort sogar, eine versassungswidrige Theaterzensur auszuüben. Die Reaktion fühlt sich wieder im Sattel und die alten lieben Gewohnheiten beginnen wieder aufzuleben. Wenn auch diesmal der ungeheuerliche Angriff eines wenig fähigsten Polizeikommissars unschwer abge schlagen werden konnte, so gibt der Vorfall doch zu denken. Wozu hat die Polizei das Recht, „Ruhe und Ordnung“ aufrechtzuerhalten, sagen sich diese Leute. Mit diesem „Recht“ kann ein berufsbündiger preussischer Polizeidezernent alles machen, genau wie der „Liebe Gott“, als der er sich auch heute noch dünkt. Natürlich kann ein solch „Liebe-Gott-Gesetz“ auf dem Wege des Ordnungsjuches auch eine verfechtete Theaterzensur wieder aufleben lassen, und deshalb heißt es, den Herrschaften auf die Finger sehen! Die schöne „Güte“, daß man „saatserhaltenden“ Müßeln und Nordsüß zuliebe friedfertige „baterlandslose Gesellen“ an der Ausübung versassungsmäßiger Rechte zu hindern versucht, ist nicht ausgetrieben.

Nun, diesmal hat in Mülheim die freierorganisierte Arbeiterschaft ihr Recht zu wahren gewußt, und sie wird es auch hoffentlich anderwärts zu wahren wissen.

Im Anschluß an diesen Theatersturm ist die gesamte bürgerliche Presse mobil gemacht worden. Geschimpft haben die großen und kleinen Schindböden aller Farben. Daß die Zentrumsstimmung mit Lügen und Verdrehungen „arbeiten“ würde, war nach ihren alten guten Ueberlieferungen zu erwarten. Aber das kann man den Herrschaften schwerlich beragen, sintemalen ihre Kreise sich durch die Aufführung vielmehr zuerst gestört fühlen konnten. In der Gegend, wo einmal ein Kaplan Essen gewirkt hat, soll — wenn möglich — die „Pfarrhauskomödie“ nicht aufgeführt werden. Es gibt eben Leute, die glauben, daß

mit dem Strumpfband der „unfittliche“ Teil des Körpers beginnt und mit der Halskrause endet.

Ein solcher „Sachverständiger“ bringt es fertig, in dem Stinnesblatt Mülheimer „Neuße Nachrichten“ die Aufführung der „Pfarrhauskomödie“ mit der Veranstaltung von Radikalen in Berlin auf eine Stufe zu stellen! Gehören aber unsere Arbeiter, unsere sozialistischen und freigestellten, aufgestellten Arbeiter zu den Verführern derartiger Nachahmende? Nein, treu deutsch, raffinerie Nier sind erfahrungsgemäß die besten und treuesten Kunden derartiger „Schönheitsabende“, und wenn vor der Masse dieser sogenannten „Geistigen“ über das Jöbitat, des Eheverbot für die katholischen Geistlichen, keine Erörterung gepflogen werden darf, die freierorganisierte Arbeiterschaft ist reif und empfänglich natürlich genug, um ohne Schaden auch Stücke wie Lautensacks „Pfarrhauskomödie“ kennenzulernen, die Heuchlern und den Menschen mit den leuschten Ohren und unleuschten Herzen, allerdings ein Greuel sind!

Nach der Vorlesung über Radikultur kommt der ungenannte Schriftsteller des Stinnesblattes zur Definition des Begriffs „Freiheit der Kunst“ und bringt diese „Sache“ auf folgende „kurze Formel“:

Wenn jene, die nicht gottgläubig sind im Sinne der christlichen Kirchen oder ihrer geistigen Wesenheiten, nicht so viel klaren Blick haben, daß sie sich mit den andern über die Grenzen der künstlerischen Freiheit einigen und das Ergebnis in die zur erfolgreichen Staatsführung nötigen Formen bringen können, so ist der Beweis erbracht, daß wir als Gesamtheit für den Volksstaat der Gegenwart nicht reif sind.

Also dahinaus soll es! „Rückbildung autoritärer Tendenz in der Staatsform“ wird als Schreckgespenst an die Wand gemalt. Als wenn wir diese Rückbildung, diese Reaktiön, nicht sowieso täglich — auch ohne „Pfarrhauskomödie“ — schon beobachten und feststellen könnten!

Die Arbeiterschaft wird allen Stinnesleuten und hakenkreuzgeschmückten Nachkriegsrechten zum Troste diesen Kampf gegen die Reaktion auch auf dem Gebiet der Kunst führen. Sie erfüllt eine Pflicht, wenn sie diejenigen Dichter unterstützt, die den Moralheuchlern die Maske vom Gesicht reißen und die als wirkliche Moralwächter in ihren Werken für ein höheres, sittlicheres und besseres Menschentum eintreten.

Die freierorganisierte Arbeiterschaft schützt die Freiheit der Kunst und steht zu den von Reaktionären wie Muckern verfolgten Dichtern.

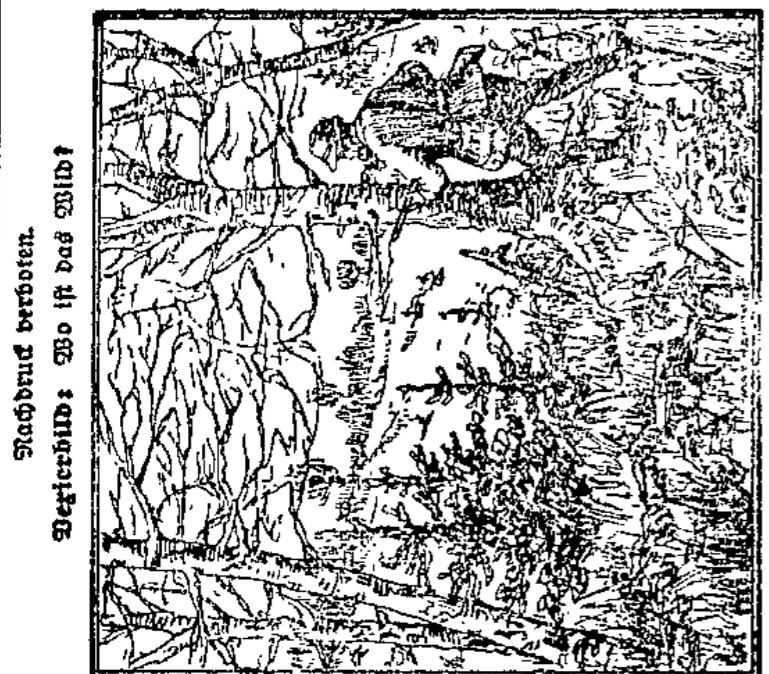
Neue Naturparke in den Vereinigten Staaten. Die Naturbewegung hat seit der Kriegszeit in Nordamerika bedeutende Fortschritte gemacht...

Alterlei.

Der Hofe und sein Heim. Die Ansicht ist viel verbreitet, daß der Hofe kein eigentliches Heim besitzt...

Sumor und Gafire.

Frühgemüht. "Neh verleihe nicht," sagte der Vater, "warum weilt denn der Herr nicht, wie ich es ihm?"



Spiegelecke. Die Punkte dieser Abbildung sind durch Buchstaben zu erkennen. Beachte die zentrale Anordnung der Buchstaben.

Mufflungen aus Nr. 9.

Die Punkte dieser Abbildung sind durch Buchstaben zu erkennen. Beachte die zentrale Anordnung der Buchstaben.

Spiegelecke.

Spiegelecke. A grid of letters used for a word search puzzle. The letters are arranged in a 10x10 grid.

Anterthalmsbeilage zum Volksstrome

Nr. 11 Magdeburg, Dienstag den 8. Februar 1921

Walfimmung.

Ein Bild aus der Zeit vor der Französischen Revolution. Von Alexander Kelland. Ohne Zweifel, ohne Vorkriegung war sie die glatte Marmor-

Spiegelecke. Die Punkte dieser Abbildung sind durch Buchstaben zu erkennen. Beachte die zentrale Anordnung der Buchstaben.

Mufflungen aus Nr. 9. Die Punkte dieser Abbildung sind durch Buchstaben zu erkennen. Beachte die zentrale Anordnung der Buchstaben.

Spiegelecke. Die Punkte dieser Abbildung sind durch Buchstaben zu erkennen. Beachte die zentrale Anordnung der Buchstaben.

Spiegelecke. Die Punkte dieser Abbildung sind durch Buchstaben zu erkennen. Beachte die zentrale Anordnung der Buchstaben.

Und so hatte sie ihre Vergangenheit vergessen, eingeschlossen die alte Sage, der welcher sie einst gewohnt, sie an den Schultern zu tragen, um sie hinauszuweisen in die kalte Morgenluft zu der...

Europa als gern gesehener Annehmer konstatieren hatte. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die amerikanischen Baumwollfarmer sind schwer bedroht! Die Arbeitslöhne für ländliche Arbeiter sinken stark. Hier kommt die Konkurrenz der vielen Auswanderer erschwerend hinzu. Man sieht, auch "drüben" frisst's gewaltig. Mögen die Herren der Entente nur den Bogen überspannen! Wenn er zerbricht, sind wir nicht allein die Leidtragenden.

In den letzten Tagen ist dem allgemeinen Optimismus eine Zeit der Unentschlossenheit, der Stagnation gewichen, und zwar auf dem Valuta- wie auf dem Effektenmarkt. Die Kursrückgänge haben einige „Opfer“ gefordert. Immerhin ist die Abschachtung von ein paar spekulationswütigen Börsenhämmeln ganz gesund und erfreulich. Die andern Hammel und die Menge der Schafe kommen dann doch eher zur Besinnung.

Sollte es aber zu einer scharfen Krise kommen, bei der Tausende von Familien finanziell zugrunde gehen, dann wird es vielleicht doch mal den Gesehgebern einleuchten, daß man Spar- und Depositenglieder nicht den Großbanken usw. anvertrauen darf, sondern daß man sie schleunigst diesen nähsten und besondern Depositensparbanken und den Sparkassen überweisen muß, damit sie dort nicht dem Anreiz zur Spekulation ausgesetzt werden. Aber, es ist eine alte Geschichte: erst muß das Kind in den Brunnen gefallen sein, ehe es zugebedt wird. **Merkur.**

Noch ein deutschnationaler Patriot.

Erhebliche Differenzen zwischen deutschnationaler Theorie und deutschnationaler Praxis wurden in einer der letzten Sitzungen des Hauptausschusses im Reichstag bei Erwähnung geschäftlicher Manipulationen des deutschnationalen bairischen Landtagsabgeordneten Mager aufgedeckt.

Nach dem Friedensvertrag gingen die deutschen Flughallen in die Verfügung der Entente über. Die Wiederherstellungskommission verkaufte diese Hallen auf Abbruch um ein Spitzgeld, meist an dunkle Schiebergruppen. Bei dieser Geschichte war Geld zu verdienen; betrug doch der Preis aus dem Verkauf der Hallen, deren Abbruchwert von deutscher Seite auf 182 Millionen geschätzt war, nur etwa 40 Millionen Mark. Da waren viele Millionen von den Käufern der Hallen zu verdienen. Diese bequeme Gelegenheit, aus dem so sehr beweiinten militärischen Zusammenbruch Deutschlands und aus der so lärmend bekämpften Durchführung des Friedensvertrags etwas für die eigene Tasche zu retten, wollte sich der schwarzweißrote Herr Mager durchaus nicht entgehen lassen. Ihm standen als Höherobjekte die Hallen in Dinglingen und Mannheim im Sinn. Im Reichsschatzamt hörte Herr Mager, daß die Wiederherstellungskommission der Entente die Verkaufsstelle für die eigentlichen Hallen sei, das Reichsschatzamt aber das Verfügungsrecht über die den Hallen sich anschließenden Wirtschaftsa- und Lageräume habe.

Nach einiger Zeit kam der biedere Deutschnationaler wieder und überraschte das Reichsschatzamt mit der Mitteilung, daß er die Hallen samt den Anbauten von der Wiederherstellungskommission gekauft habe! Auf den Einwand des Reichsschatzamts, die Entente könne die Anbauten der Flughallen ja gar nicht verkaufen, weil sie Deutschland gehören, hatte der Patriot Mager nicht viel mehr als ein Achselzucken. Er bestand zunächst auf seinem ihm von der Entente verabsorgten Schein. Es kostete viel Mühe und bedurfte aller Schikanen, die das Reich als Besitzer der Bahngleise und Zufuhrstellen bei den Hallen anzuwenden vermochte, um dem Herrn die Freude an seinem sauberen Geschäft mit der Entente zu nehmen. Die Hallen sind schließlich nicht in seinem Besitz geblieben.

Dieser Patriot hat also gewußt, daß die deutsche Regierung einen Rechtsanspruch der Entente auf die Anbauten entschieden bestritt. Ihm war bekannt, daß das Verfügungsrecht der Entente über diese Bauten ein angemessenes ist und nach Versicherung der Regierung auf einer Rechtsbeugung und einem Mißbrauch des Friedensvertrags beruht. Und dieser Herr Mager gehört — was besonders beachtlich ist — jener Partei an, die schon gegen die Erfüllung der tatsächlichen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag in unverantwortlicher Weise heßt. Wenn die Ansprüche der Entente gar über das hinausgehen, wozu der Vertrag Deutschland zwingt, dann schlagen die Plammen des deutschnationalen Patriotenzorns haushoch. Aber wie wunderbar!

Das Feuer dieses heiligen Hornes erlischt sofort, wenn bei den Gewaltmaßnahmen der Entente persönliche Vorteile für diese Sorte Patrioten herauskommen. Da machen sie sich keine Sorgen mehr um das bedrohte „Recht des Vaterlandes“. Da machen sie mit dem „treuschendigen Feind“ freundlich lächelnd gemeinsame Sache. Da haben sie nichts gegen den Mißbrauch des Friedensvertrags.

Nicht ausschalten — spalten!

Der ehemals deutschnationaler Abgeordnete v. Kardorff, der jetzt der Deutschen Volkspartei angehört, hat in Würzburg eine Wählerversammlung abgehalten, in welcher er einige Neuheiten tat, die es verdienen, der breiteren Öffentlichkeit bekanntzugeben zu werden. Nach der deutschnationalen „Oberheißigen Zeitung“ sagte er u. a.:

Man dürfe die Sozialdemokratie nicht ausschalten, sondern müsse sie spalten!

Das ist ein äußerst charakteristischer Ausspruch, aus dem jeder Sozialist sehr viel lernen kann. Herr Kardorffs Worte, der sich ausdrücklich erneut als Monarchist bekannte, besagen, daß die Sache der Monarchisten und Kapitalisten dann am besten steht, wenn im Reich der Sozialisten der Spaltplatz am tiefsten wuchert. Je größer die Spaltung unter den sozialistisch denkenden Volksgenossen, um so sicherer die Aussicht der Reaktion, wiederzugewinnen, was sie am 9. November 1918 verlor, nämlich die **Macht**.

Der Kardorffsche Spaltungsspruch ist erfolgreich nur mit dem unbeugbaren Willen zum Zusammenfallen, zum Schalten und Walten im proletarischen Interesse unter dem erprobten Banner der **Sozialdemokratischen Partei Deutschlands** zu begegnen.

Wer am 20. Februar kommunistisch oder unabhängig wählt, der handelt im Sinne der Spaltungsfreunde in den Reihen der bürgerlichen Parteien. Die Reaktion fürchtet nicht die Kommunisten und nicht die Unabhängigen, sondern eine **geeinte Sozialdemokratie**.

Von dieser allein fürchtet sie mit Recht, daß sie die Interessenpolitik der reaktionären bürgerlichen Parteien energisch und erfolgreich bekämpfen wird. Die Stimmgabe für die Kommunisten und Unabhängigen am 20. Februar bedeutet also eine Unterfütterung der Reaktion in ihrem Bestreben, die Sozialdemokratie zu spalten. Diese Bestrebungen können nur zunichte gemacht, die Reaktion kann nur wirksam bekämpft werden, durch

die Wahl der sozialdemokratischen Liste.

10 Punkte der D. R. P. D.

Dieser Tage ist sämtlichen kommunistischen Vertrauensleuten die Order für ihr Verhalten vor dem Feinde, das heißt den Anhängern der alten Gewerkschaftsbewegung, zugestellt worden. Es sind Richtlinien, zusammengefaßt in 10 Punkten; sie geben die Anleitung für:

1. Politische Informationen.
 2. Literaturvertrieb.
 3. Zusammenfassung in Verwaltungsbezirke.
 4. Aktivität im Betrieb.
 5. Verhalten bei von den Gewerkschaften in Vorbereitung befindlicher Maßnahmen und Aktionen.
 6. Fraktionsversammlungen.
 7. Verbindung mit der Parteileitung.
 8. Vereinbarung mit anderen Parteien.
 9. Kommunikation in Fraktionen.
 10. Verbindung mit Arbeitslosenfraktion.
- Punkt 4 bestimmt: „Die Kommunisten müssen die Interessen der Arbeiter und Angestellten am aktivsten vertreten. Die Kommunisten dürfen nie vor den Schranken bürgerlicher Gesetze haltmachen. Die Kommunisten haben die Differenzen, die sich aus den Forderungen der Arbeiterklasse und den ihnen entgegenstehenden bürgerlichen Gesetzesbestimmungen ergeben, mit Bewußtsein auf die Spitze zu treiben.“
- Nach Punkt 5 müssen alle Maßnahmen der Unternehmer sowie Forderungen der Arbeiterschaft, die zu Aktionen führen, sofort dem Parteisekretariat der D. R. P. D. gemeldet werden und in allen Betriebs- und sonstigen Versammlungen ausgeführt werden. Wenn die Redner, die in diesen Sitzungen bestimmt werden, über kein Material verfügen, so ist „Material von dem

D. R. P. D. Parteisekretariat abzuholen.“ Wenn Anträge und Resolutionen, die auf diese Weise fabriziert werden, von den Gewerkschaften oder der Gewerkschaftskommission abgelehnt werden, muß das Versagen und die Sabotage der D. R. P. D. Anträge durch diese Körperschaften „agitatortisch“ ausgenutzt werden.“

Wesak 8 des Punktes 9 lautet: „Alle Fraktionen der D. R. P. D. sind der Partei und den kommunistischen Fraktionen, von denen sie als Kandidaten aufgestellt werden, verantwortlich und können jederzeit von denselben abberufen werden.“ Also, wer die wahlberechtigten vertreten soll, das bestimmen nicht sie selbst, sondern die „Bögen“ der Zentrale.

Diese Anweisungen lassen erkennen, daß die Zentrale der D. R. P. D. gar nicht daran denkt, Arbeiterinteressen zu vertreten. Ihr kommt es nur darauf an, die Not und Verzweiflung der Arbeiter zu ihren Parteizwecken auszunutzen. Darum wird mit kalter Gewissenlosigkeit der Befehl gegeben, jeden Konflikt auf die Spitze zu treiben, ohne sich um die bürgerlichen Gesetze zu kümmern. Wenn die Arbeiterschaft in Niederlagen hineingeht, wenn ahnungslose arme Teufel in die Maschen der Paragrafenneze hineingetrieben werden, dann, glauben diese „Arbeiterfreunde“, blüht ihr Weizen. Sie werden sich täuschen! Die Arbeiter werden sich nicht der Führung von Leuten anvertrauen, die sie aus parteipolitischen Spekulation in noch tieferes Elend hineinstoßen wollen! —

Notizen.

Erhöhung der Gütertarife um 60 bzw. 90 Prozent. Die ständige Tarifkommission beim Reichsverkehrsministerium hat eine Erhöhung der Gütertarife um 60 bis 90 Prozent vorgelesen. Für Rohstoffe und Waffengüter wird eine Erhöhung um 60 Prozent, für Stückgüter und Fertigfabrikate um 90 Prozent vorgelesen. Man rechnet mit einer Gesamteinnahme von neun Milliarden nach diesem Tarif. —

Studentische Ausschreitungen. Am Sonntagabend drangen in München Studenten in das Deutsche Theater ein, um die Einstellung einer Ballfestveranstaltung zu erzwingen. Zwischen den Hausangestellten und den Studenten kam es zu einer Schlägerei, bei der es eine Anzahl Verletzte gab. Die Polizei mußte einschreiten, um die Ordnung wiederherzustellen. Die Veranstaltung wurde dann zu Ende geführt. —

Streik in der Konfektionsbranche. Nachdem die Verhandlungen betreffend Schaffung eines Reichstarfs für die Herren- und Knabenkonfektion gescheitert sind, haben sich die Mitglieder durch Abstimmung mit 90 Prozent für den Streik entschieden. Der Vorstand und der Beirat des Bekleiderarbeiterverbandes und alle übrigen beteiligten Organisationen haben einstimmig dem Streike zugestimmt. Dieser beginnt an allen Orten am 7. Februar in den Betrieben des Arbeitgeberverbandes der Herren- und Knabenbekleidungsindustrie Deutschlands. —

Gewerkschaften und Pariser Forderungen. Der Reichsminister des Innern, Dr. Simon, nahm am Sonnabend Gelegenheit, sich im Herrenhaus mit etwa 200 Vertretern der deutschen Gewerkschaften über die durch die Pariser Beschlüsse geschaffene Lage auszusprechen. Der Minister beantwortete im Laufe der Aussprache eine Reihe von Fragen, die ihm aus der Versammlung vorgelegt wurden. Auch hier ergab sich vollkommene Uebereinstimmung der Vertreter der Gewerkschaften mit dem von der Regierung eingenommenen Standpunkt. —

Die Entente gegen die Habsburger. Der englische Oberkommissar Hübner erklärte, daß anlässlich einer gemeinsamen Beratung der Ententeminister in London der einheitliche Standpunkt der gesamten Entente in der ungarischen Königsfrage dahin festgelegt worden sei, daß die Entente unter keinen Umständen die Rückkehr der Dynastie Habsburg auf den ungarischen Thron gestatten kann. Diese Frage wird überhaupt nicht als eine ausschließlich innerpolitische Angelegenheit Ungarns, sondern als ein hochwichtiges außenpolitisches Problem betrachtet. Hübner erklärte weiter, daß die Entente im übrigen der ungarischen innern Politik gleichgültig gegenüberstehe. —

Depeschen.

Kadaveren in Frankfurt a. M. E. L. Frankfurt a. M., 7. Februar. Die von den 11 nachhängigen am Sonntag im Schumann-Theater veranstaltete Versammlung nahm einen sehr sükzessreichen Verlauf. Es hatten sich eine erhebliche Anzahl Kommunisten eingefunden, welche die Versammlung fortgesetzt hielten und den Referenten Robert Dikmann anbauend unterbrachen, so daß der Redner zeitweise nicht zu verstehen war. Die Stuhlführer schrien und johlten. Man warf Feuerwerkskörper auf die Bühne und einmal wurde sogar von der Galerie aus geschossen. Es waren blinde Schüsse, so daß niemand verletzt wurde. Als Dikmann mit seiner Rede zu Ende war, wurde die Versammlung geschlossen. Dagegen opponierten die Kommunisten. Als ein Kommunist das Podium bestieg und sprechen wollte, wurde er abgewiesen. Hierauf begannen aufs neue große Tumulte. Noch auf der Straße legten sich die erregten Szenen fort. —

Schlichtungsstelle für Streitigkeiten und Grundbesitz.
Auf Grund der §§ 12, 13 und 14 der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung (Reichsgesetzblatt S. 67 und 728) sowie der Bestimmung des Bundesrats über Höchstpreise vom 4. August 1914 bzw. 17. Dezember 1914 und der hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen wird folgendes angeordnet:

§ 1.
Der Höchstpreis für 1 Zentner Braunkohlen-Bricketts (einschl. Steuer beträgt bei Lieferung an Verbraucher:

a) ab Bahnlager	Mk. 15,50
b) ab Stadtlager	Mk. 15,80
c) frei vor Haus (bei Mengen von 1 bis 4 Ztr.)	Mk. 17,50
d) „ „ „ „ (von 5 bis 20 „)	Mk. 17,15
e) „ „ „ „ (über 20 „)	Mk. 16,80

f) bei Lieferung frei Keller dürfen die wirklich gezahlten Frachtkosten in Anzug gebracht werden.
g) bei Lieferung von kleinen Industrie-Bricketts (Stückbricketts) erhöhen sich vorstehende Preise für den Zentner um 0,40 Mark.

§ 2.
Der Höchstpreis für 1 Zentner Grundkoks einschließl. Steuer beträgt beim Verkauf:

a) vom Kleinhändler an den Kleinhändler frei Lager oder Laden des Kleinhändlers	Mk. 18,00
b) vom Kleinhändler an Verbraucher ab Eisenbahnmagen, Lager oder Laden	Mk. 19,20
c) vom Kleinhändler an Verbraucher bei Lieferung frei Haus (Aufbewahrungsraum im Keller, Erdgesch. oder ersten Stock)	Mk. 21,35

§ 3.
Zwischenhandlungen werden nach den bestehenden Bestimmungen bestraft.

§ 4.
Diese Verordnung tritt am 8. Februar 1921 in Kraft. Gleichgültig tritt unsere Höchstpreisverordnung vom 7. August 1920 außer Kraft.
Magdeburg, den 7. Februar 1921.
Der Magistrat.

Sch habe mich als 7400

Rechtsanwalt

Nebergelassen. Mein Bureau befindet sich
Breitweg 147 — Fernsprecher 5740
Dr. Riese, Rechtsanwalt.

Die Aufstellung und der Betrieb von Einhalten und Zeitungsstößen auf öffentlichen Straßen und Plätzen im Stadtgebiet Magdeburg sollen nach Töten getrennt vergeben werden. Die Verdingungsunterlagen können vom Sekretariat der Tiefbauverwaltung, Spiegestraße 12, Zimmer 35, gegen Zahlung von 3,00 Mark jedes der 3 Lose bezogen werden. **Verhoffene, mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind bis Donnerstag den 3. März 1921, vormittags 11 Uhr, an das Sekretariat der Tiefbauverwaltung einzureichen.** Ein Eröffnungsstermin für die eingegangenen Angebote findet nicht statt. Zuschlagsfrist 4 Wochen.
Magdeburg, den 5. Februar 1921.
Magistrat — Tiefbauverwaltung.

Lebensmittelverteilung.

1. In den Fleischverkaufsstellen Gefrierfleisch zum Preise von 10,00 Mk., Corned beef zum Preise von 9,50 Mark für das Pfund.
2. Vom 10. Februar an für Kinder bis zu 2 Jahren:
a) auf die über 1 Pfund Mehl lautende Marke der Lebensmittelzufuhrkarte für 7. Februar bis 6. März 1921: 1 Pfund Getreide.
b) auf Marke O der Lebensmittelzufuhrkarte: Ein Pfund Getreide in folgenden Verkaufsstellen:
Reinhold Prohle, Johannisberg 1
May Griebenmann, Kaiserstr. 91
Siebert & Würsch, Gr. Mühlstr. 16
Konsumverein für Magdeburg, u. Umg., Elbender Str. 95
Dittnerbergstr. 48
Olvenstedter Str. 52
Annastr. 8
Salberstädter Str. 120
St. Michael-Str. 10
Neue Str. 14
Subenburger Str. 17

Sermann Kappe, Am Krug 3.
o) auf Marke P der Lebensmittelzufuhrkarte: Ein Pfund Rindergewürz in den Schokoladen-Spezialgeschäften.
Magdeburg, den 5. Februar 1921. **Der Magistrat.**

Müssen und Hüte werden modern u. neu angefertigt.
Anlauf von Fellen
sowie Gerben u. Fäben.
Lina Radelt 326
Altenfelder Straße 26.
Blauo-Radler, Schönebergstr. 2.
Telephon 5250 und 2475. [377]

Aerztlich empfohlen!

DENTINOX



das Zahnmittel für Kinder

Verhütet die Schmerzen und alle mit dem Zahnen verbundenen Krankheiten. **Außerl. anzuwenden!**

(Extr. croc. m. Glykose) Ueberall erhältlich! Flasche Mark 6.00
Hesse & Co., Augustastr. 83.

Drei Striche

mit der Bürste und die Stiefel sind blitzblank! Man muß aber **Schuhkrem Pilo** dazu nehmen.

Verlangen Sie **Universal Pilo-Extra** (friedensmäßig hergestellt).

Strickgarn! Hausfrauen! Schafhalter!

Schafwolle!

gemaschen u. ungemaschen wird zum Spinnen angenommen. Lieferfrist 4 Wochen. Billiger Spinnlohn.

von prima Garn gegen Schafwolle und Wolle gefärbtes. Einzel- und Engros-Verkauf möglich von 5 bis 5 Uhr. — für Wiederverkäufer billigte Bezugsquelle.

Umtausch
6. Märzens, Magdeburg, Jakobstraße 33.
Haus „Stauer 2500“. — Telephon 2974.

7. stuf. Trittleiter, Wasserlauf, n. u. b. Vertiko, Grammophonplatten (auß. Robbe, Zinnast. 23, S. L. I.)

Ausgeklümmtes 360
Frauenhaar
kauft zu höchsten Preisen
Albert Schwieger
Gr. Marktstr. 43
Jakobstrasse 48

A. B.

Ein Frühlingsfest

In noch nie dagewesener Fülle hinsichtlich der Geboten
veranstalten die Unterlehrerinnen am

Sonnabend den 12. Februar 1921
im Hohenzollern-Prunksaal

Schüler und Schülerinnen der Anstalt erscheinen in Sommerkleidung,
möglichst auch die begleitenden Gäste. Ehemalige Zöglinge der
Anstalt sind herzlich willkommen — Beginn 4 Uhr nachmittags

Festordnung

- 4.00 Empfang der Gäste durch die Veranstalter des Festes
- 4.30 Musikalische Unterhaltung, Walzer- und Operetten-Melodien
- 5.10 Darbietungen des Herrn Richard Hoffmann, 1. Violinist am hiesigen städtischen Orchester, begleitet auf dem Flügel von Herrn Max Cohn — ein wahrer Freund des Hauses Bruck — Walters Preislied aus den „Meistersingern“, Wagner-Wilhelmy Bajro Kall, Cäzaria von Jeno Hubay
- 5.40 Allgemeine Tanzbelustigung
- 6.40 Hans Girardot, der Komiker ohne Konkurrenz
- 7.00 Kurze Ansprache an die Gäste, gehalten von Emanuel Bruck, würdiger Sohn seines Vaters
- 7.10 Frau Pia v. Konitz in ihren Vorträgen
- 7.40 Allgemeiner Tanz, zwischendurch Solotänze, ausgeführt von Größen auf diesem Gebiete, die nicht genannt werden; hervorragend anregend wirkend
- 8.40 E. u. W. Biebrich, humoristische Duette
Nach diesem belustigenden Vortrag Stärkung der hungrigen Seelen und durstigen Kehlen, natürlich auf Kosten der Genießer
- 8.50 Gesangsvorträge von Frau Lilly Behrendt (Berlin), unerreicht künstlerische Darbietungen (um größte Ruhe wird gebeten)
Adeleide von Beethoven
Pagen-Arie aus den „Hugenotten“ von Meyerbeer
Sodann:
- 10.00 Tänze bis zur Erschöpfung.
Zwischendurch einige künstlerische Überraschungen, auch solche harmloser Art. U. a.
das Violinkonzert 2. und 3. Satz von Mendelssohn, Vortragender Herr Richard Hoffmann, 1. Violonist am städtischen Orchester.
Rhapsodie Nr. 18 von Liszt, auf dem Flügel vortragen von Herrn Max Cohn
Ich liebe dich von Grieg — Zauberlied von Meyer-Heilmund, gesungen von Frau Lilly Behrendt (Berlin).

Das Uebrige wird nicht verraten.

Die Festleitung behält es sich vor, kleine Änderungen in der Darbietungsfolge vorzunehmen.
Die Programme sind an der Kasse, d. h. am Eingang vor dem Saale zum Preise von 4.95 Mark erhältlich evtl. auch in der Schule, Wilhelmstraße 1, L

Die Festleitung:

Alfred Bruck und Frau
Inhaber der kaufmännischen Privatschule von Alfred Bruck.

F. B.

Die sexuelle Revolution Das Geschlechtsleben der Zukunft

Preis 1.50 Mk. Preis 3.50 Mk.
Dieses Buch bildet keine überflüssige Bereicherung der ohnehin schon umfangreichen Sexualliteratur, sondern es nimmt in dieser eine völlige Sonderstellung ein, da hier vollkommen neue Gesichtspunkte in jugendliche gelegt werden. — Zu haben in der Buchhandlg. Volkstimme, Gr. Mühlstr. 3.

Mastentoftüme

find und preiswert zu erhalten im Kaffeehaus, Bahnhofsstraße 10.

Reichhalt. frucht. Mittag- u. Abendessen

im Kaffeehaus, Bahnhofsstraße 10.

Wilhelma

Lübecker Straße 129

Von Ostern an wird der Prunksaal mit Garten auch an Sonntagen sowie Feiertagen an Vereine zur Abhaltung von Festlichkeiten abgegeben.
455
Fernspr. 2085. Ferd. Preufze.

Parteigenossen des Bezirks Dessauer Str. Satznachtsball in Grafemanns Garten.

Treffpunkt Wintergarten Große Redoute

718 (Friedrichsplatz)
Festbesetzung. Herrliche Saaldekoration. Kostengünstige im Lokal anwesend. Essen und Trinken ein W. Hochhaus.

Raucht Bonitas!

ZENTRAL- THEATER

Abendlich 7 Uhr:
Der große Operetten-Schlager
Die Frau im Hermelin
Premieren-Besetzung
Ständehaus-Regie

Städtische Theater.

Dienstag den 8. Februar
Stadt-Theater.
8. Unrechtsabend
Siefelnd.
Anf. 7 Uhr. Ende 9 1/2 Uhr.
Wilhelm-Theater.
Spielplan-Änderung
Siefelnd von der Pfalz
Anfang 7 1/2 Uhr.

Sängerheim

Blauenstraße Nr. 6.
Heute Dienstag:
Preis = Stat.

Fürstenhof- Prunksaal

7 Uhr:
Der neueste Schlager!
Jeder kann filmen!
Dazu der großartige Spezialitätenfilm!

Fürstenhof- Tunnel

Wochentags ab 7 Uhr
Sonntags ab 4 Uhr
Große Vorstellung
der original-bayerischen Bauerntruppe
Hans Sagerer
(16 Personen) 112
Samst. Konz. Schumann

Kammer- Lichtspiele

Heute bis einschl. Donnerstag
den 10. Februar

Das Schlagerprogramm!

Der Hirt von Mariaschnee

Drama in 5 Akten.
Sauptdarsteller: Bruno Ganz. 100
1. Akt: Maria
2. Akt: Der Spalter
3. Akt: Blut
4. Akt: Das Ritz
5. Akt: Maria
6. Akt: Erlösung.

Die Presse schreibt über dieses Werk: Der Film Der Hirt von Mariaschnee zeigt in einem Akt mehr schöne Bilder als zehn andre Filme zusammengenommen.

Fern Andra in Säferndri, die Tänzerin von Dschapur

Schauspiel in 6 Akten.
Säferndri, eine junge Tänzerin Fern Andra
Kasseneröffnung werktags 5 Uhr, Sonntags 2 Uhr.

Jeden Sonntag von 11 bis 1 Uhr
Große Frühvorstellung.



Zirkus - Lichtspiele

Nur heute Dienstag und morgen Mittwoch, weil am Donnerstag der Zirkus für eine sportliche Veranstaltung zur Verfügung gestellt worden ist.

Das große Programm!

Die verbotene Stadt

2. und letzter Teil des Abenteuer-Sensations-Zyklus
Die Jagd nach dem Tode.
5 spannende Akte

Der Wiener Kunstfilm

Der Leiermann

Drama in 5 Akten.
Spielzeit: 6—10.45, Sonntags 3—10.45,
Beginn der Abendvorstellung 8.30 Uhr.

ZL ZL ZL ZL ZL ZL ZL ZL

Lichtschauspielhaus Panorama

Heute bis einschl. Donnerstag

Wenn Menschen heiße Tränen weinen

(Die Frau mit dem Schatten)
Abenteurerfilm in 6 Akten.

In den Hauptrollen
Emmi Schaeff Georg Burghardt
Hermann Seideneck

Esther Carena

in

Seelen im Sturm

Filmdrama in 6 Akten.

Zirkus-Blumenfeld-Gebäude

Nur Donnerstag den 10. Februar

Box - Großkampftag im Zirkus

Vorkampf um die Deutsche Weltergewicht-Meisterschaft
Erich Merken Willy Spörl
(130 Pfund) (128 Pfund)
Weltergewichtmeister von Westdeutschland und Trainer der POL
Weltergewichtmeister von Bayern
U. a. U. a.

10 Runden à 3 Minuten

4-Unzen-Handschuhe — harte Bandagen.
Außerdem 4 weitere erstklassige Kämpfe

Der deutsche Federgewicht-Meister Fritz Rolauf.

Sämtliche Kämpfe stehen unter Aufsicht des Verbandes Deutscher Faustkämpfer.

Schiedsrichter im Ring:

Giuseppe Spalla

Schwergewichtmeister von Italien.

Beginn der Kämpfe 7 1/2 Uhr Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr

Borverkauf an der Kassa Donnerstag 10—1 Uhr

Die Stephanshallen

Seit 20 Jahren und bleiben auch in Zukunft das beliebteste Familien-Theater Magdeburgs!

Werderschlößchen

Morgen Mittwoch
Gr. Redoute.
Anfang 6 Uhr. 7415

Operntexte

empfehlen
Buchhandl. Volkstimme.

Wohin?

Büchners Bunte Bühne
im Bodensteiner, I. Etage
Aufstretten sämtl. neuer Künstler. Kein Weinzwang
Wochentags-Nachmittags Entree frei.

Neu eröffnet!

Probst

Wein-Restaurant

Magdeburg, Berliner Straße 30/31
Fernsprecher 5952 Fernsprecher 5952

Küche in altbekannter Art
Gediegene Ausstattung
Wirklich gemütl. Aufenthalt

Fredrichs Festsäle und Seitensprung

Am Mittwoch den 9. Februar cr., nachmittags 6 Uhr

Große Redoute!

Der Seitensprung ist für Masken reserviert.
Borverkauf im Lokal. Masken-Garderobe ist im Lokal zu haben.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 7. Februar 1921.

Der 20. Februar.

Zu einer Wählerversammlung im „Hoffäger“ hatte die Sozialdemokratische Partei am Sonntag vormittag eingeladen. Preussischer Finanzminister Genosse Lüdemann hielt eine Anklage gegen die Entente mit ihren maßlosen Forderungen, die aber auch gegen die Elemente gerichtet war, die wieder monarchistische und nationalistische Propaganda betreiben. In einer Zeit, in der es darauf ankommt, das Vertrauen der Entente zu uns zu festigen, um die herben Friedensbedingungen zu mildern, schreien diese Leute wieder nach Revanche. Er brandmarkte auch das Verhalten der Unabhängigen, die Steuergefesse, die den Grundbesitz belasten, ablehnen, um hinterher heuchlerisch zu behaupten, daß das Gesetz nicht angenommen wurde. Der Beifall der Versammelten bewies, wie sehr die Ausführungen ihnen aus dem Herzen gesprochen waren.

Vor ungefähr 1 1/2 Jahren, führte der Redner aus, hätten wir zwar schon gewußt, daß es uns schlecht gehen würde in der nächsten Zeit. Wir waren ferner darauf vorbereitet, der Entente gegenüber sehr viel leisten zu müssen. Es übersteigt aber alle Befürchtungen, was die Lloyd George und Briand dem deutschen Volke zugebracht haben. Das kann kein Mensch unterschreiben. Nicht aus böser Absicht, nein, weil die Milliardenabgabe

eine glatte Unmöglichkeit

ist. Die Durchführung der Bedingungen würde den völligen Zusammenbruch und die Verelendung des Volkes zur Folge haben. Alle Parteien, bis auf einige Rabitate, haben die Reichsregierung in dem Protest gegen dieses Diktat unterstützt. Die nächsten Wochen würden nun die Ausführung bringen über das, was uns die Feinde wirklich zugebracht haben.

In einer solchen Zeit, in solchen schweren Stunden des Volkes sollte man glauben, daß jeder Deutsche Wert darauf lege, diese Einmütigkeit nicht zu stören. Den Allerten müßte bewiesen werden, daß sie nicht dem ehmaligen militärisch-monarchistischen Deutschland gegenübersehen. Dem Ausland müßte gezeigt werden, daß Deutschland eine Republik ist. Aber die früheren Machthaber veranstalteten wieder monarchistische Kundgebungen wie in Breslau. Ein solches Verhalten ist eine Taktlosigkeit und eine Unverschämtheit. Diese Leute rechnen damit, daß sich eine geeignete Gelegenheit finden möge, die alten Zustände wieder einzuführen. Sie erblicken im Manifest, das Deutschland in dieses Elend gestürzt hat, auch den Ketter aus diesem Jammer, dabei klammern sie sich nicht an Wilhelm den Versloffenen, sondern denken an den Kronprinzen oder wollen gar einen Wittelsbacher. Aber eine Monarchie können heute

nur geistig Beschränkte

herbeiführen, die an all dem Klitterkram vergangener Tage hängen oder, was weit gefährlicher ist, die sich von dem alten System die besten Gewinne versprechen.

Genosse Lüdemann ging dann zu den Steuerfragen über. Nachdem man bei den Arbeitern angefangen habe, die Steuern zu erfassen, scheut man sich, nun auch das Notopfer bei denen einzuziehen, die wirklich etwas haben. Die Volkspartei erhebt heute ein Geschrei und behauptet, daß man glauben möchte, die Besitzenden müßten nächsten Armen unterstützung bezufließen. Dabei haben sie bisher noch nicht einen Pfennig Steuern bezahlt. Gerade die Volkspartei, ein Teil der Zentrums und Demokraten sind es gewesen, die die Vorlage des Reichsfinanzministers zur sofortigen Einziehung des Reichsnotopfers sabotieren wollten. Gelferrich, der frühere Finanzminister, hat sogar von einem Abbau der Besitzsteuer gesprochen. Auf wessen Schultern diese Lasten nachher abgewälzt werden, das kann man sich vorstellen. Diese Frage wird

nach dem 20. Februar entschieden

werden. Kommt eine bürgerliche Mehrheit zustande, dann ist ein Abbau der Besitzsteuer wohl möglich. Genau, wie der Reichsernährungsminister Hermes die Festsetzung der neuen Getreidepreise bis nach den Wahlen verschoben hat, genau so hat der Reichsfinanzminister Wirth die Regelung der Steuerlasten, die zur Deckung der Ausgleichszuschläge für die Beamten dienen, bis nach dem 20. Februar zurückgestellt. Und wie sieht es mit den Versprechungen der „Notenkettenprengerei“ aus? Nach Abbau der Zwangswirtschaft sind die Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel stark gestiegen. Selbst das Steigen der Löhne hat dabei nicht mildernd für die Arbeiterklasse gewirkt, weil einer Lohnerhöhung die doppelte Preiserhöhung gegenüberstand. Wir Sozialdemokraten fordern daher

eine planmäßige Wirtschaft.

Die monopolisierten Rohstoffe müßten sozialisiert werden. Auch hier sei nur eine starke sozialistische Mehrheit ausschlaggebend. Eine solche in Preußen kann auch im Reichsrat und in der Reichsregierung ihren Einfluß geltend machen.

Die Finanzlage Preußens ist schlecht, 3 bis 4 Milliarden Defizit sind zu decken. Dazu läme, daß Preußen wenig Einnahmequellen zur Verfügung ständen, die meisten hat das Reich mit Beschlag belegt. Das preussische Finanzministerium hatte in der Landesversammlung einen Gesetzentwurf eingebracht, der eine Grund-, Haus- und Gewerbesteuer vorschlag. Dabei sollte der fiskalische Hausbesitz und die kleineren Siedler nur unerheblich belastet werden, dagegen der Großgrundbesitz sehr stark. Diesen Entwurf lehnten Arm in Arm mit den Bürgerlichen auch die Unabhängigen ab. Beim Schluß der Landesversammlung bedauerte der Unabhängige Sohn die Ablehnung dieser Steuern. So vertrete diese „Arbeiterpartei“ die Interessen der Arbeiterklasse. Es sei zwar nur eine Kompromißpolitik getrieben worden, aber dieses Uebel müsse eben die sozialistische Arbeiterklasse in Kauf nehmen.

solange sie nicht die Mehrheit habe.

Denn Versprechungen gegenüber früher seien unstreitig da. Alle Arbeiter müssen zum 20. Februar zur Wahlurne scheitern, um den Bürgerlichen eine geeinte machtvolle Arbeiterfront entgegenstellen zu können. Die Partei, die wirklich den Willen dazu hat und dies zuzugeben bringt, ist die Sozialdemokratie. Auch die Verärgerten und Enttäuschten, die nach der Revolution glaubten, es würde gleich ein Paradies geschaffen und die am 6. Juni nicht gewählt hatten, müssen den Stimmgabel nehmen.

Wer nicht wählt, verflucht sich

an den Interessen der gesamten Arbeiterschaft. Es geht hier nicht um Kleinliche, persönliche Interessen zu befriedigen, es geht um die kapitalstarke Reaktion eine geeinte, starke Macht der Arbeiterschaft entgegenzustellen. Nicht die schwülstigen Reden der Moskajungen helfen der Arbeiterschaft, sondern der Wille zur Mitarbeit am Aufbau des Reiches zum Wohle der Gesamtheit und der Arbeiterschaft. Noch gelte heute der Spruch: „Niemand hat mehr Recht, als er Macht hat.“ Diesen Spruch müßten die Arbeiter bei den kommenden Wahlen beherzigen. Nur so wird

es möglich sein, der Reaktion zu trotzen und am 20. Februar eine sozialistische Mehrheit in das Preußenparlament zu wählen. Nachdem noch ein Genosse im gleichen Sinne gesprochen, schloß Genosse Baer die Versammlung. —

Der Nebenverdienst der Erwerbslosen.

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat sich in einem neuen Erlass wie folgt über die Berücksichtigung der Einnahmen der teilweise Erwerbslosen bei Feststellung der Unterstützungen geäußert:

„Die Frage, nach welchen Grundsätzen ein Verdienst aus Gelegenheitsarbeit des zu unterstützenden Erwerbslosen und ein Arbeitsverdienst der zuschlagsberechtigten Familienangehörigen für die Beurteilung der Bedürftigkeit in Anrechnung zu bringen ist, begegnet vielfach Schwierigkeiten. Eine einheitliche Regelung der Frage ist mit Rücksicht auf die verschiedenen Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Landesteilen nicht möglich, zumal vielerorts ein den jeweiligen örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßtes Anrechnungsverfahren sich im Laufe der Zeit herausgebildet und bewährt hat. Inwiefern Unterstützungen und Rentenbezüge in Betracht zu ziehen sind, ist durch § 12 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 20. Januar 1920 (Reichsgesetzbl. S. 98) in Verbindung mit Artikel 1 Ziffer 6 der Verordnung vom 6. Mai 1920 (Reichsgesetzbl. S. 871) und Artikel 1 Ziffer 4 der Verordnung vom 11. August 1920 (Reichsgesetzbl. S. 1574) ausdrücklich geregelt.“

Für die Berücksichtigung eines Verdienstes aus Gelegenheitsarbeit ist dagegen ein Spielraum gegeben. Als Richtlinie muß aber gelten, daß zu einem gewissen Teile der Verdienst aus Gelegenheitsarbeit des Erwerbslosen und ebenso der Arbeitsverdienst der zuschlagsberechtigten Familienangehörigen dem Erwerbslosen und seiner Familie neben der Unterstützung zugute kommen. Dies ist notwendig zur Schaffung eines Arbeitsanreizes sowohl wie zur Deckung des durch die Arbeitsverrichtung entstehenden Verbrauches an Kleibern, Lebensmitteln, und Fahrgehd. Es wird daher nach dem bei der Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin geltenden Verfahren etwa davon ausgegangen werden können, daß das durch Arbeit erzielte Einkommen des Erwerbslosen und seiner an sich zuschlagsberechtigten Angehörigen nach Abrechnung eines Steueranteils von 15 v. H. nur mit 85 v. H., bei besonderer Bedürftigkeit des Erwerbslosen und seiner bei schwieriger Wirtschaftslage des arbeitenden Zuschlagsberechtigten oder bei dessen besonderer Belastung mit Berufs-unkosten nur mit 60 v. H. in Anrechnung zu bringen ist. Eine schwierige Wirtschaftslage des arbeitenden Zuschlagsberechtigten wird in der Regel namentlich bei Ehefrauen als vorliegend anzusehen sein. Einkommen aus Kapitalvermögen ist in ganzer Höhe in Ansatz zu bringen.“ —

Jungsozialisten heraus!

Ein reges Leben herrscht im Kreise unserer jüngeren Parteimitglieder. Von dem Willen befeelt, in der jetzigen ereignisreichen Zeit mit Hand anzulegen bei der Lösung der großen Aufgaben, die unsrer Partei bevorstehen, schloß sich vor über Jahresfrist eine ganze Anzahl zusammen zur Gruppe der Jungsozialisten. Eine lebhafte Tätigkeit wurde entfaltet. Vortragsferien zur Einführung in den Sozialismus und über die Geschichte der Arbeiterbewegung, gewerkschaftliche und volkswirtschaftliche Themen wechselten ab mit Diskutierabenden zur praktischen Nabeübung. Aber auch Jugendfrohsinn und Geselligkeit fanden Raum. So gab die Beschäftigung von Bergwerken und sonstigen Wirtschaftsanlagen zu frohen Wanderfahrten Anlaß.

Neben diesem einher ging eine lebhafte organisatorische und agitatorische Tätigkeit. In verschiedenen „Kolonnen Aberte“ zogen auch die Jungsozialisten vor der Reichstagswahl umher. Zur Landtagswahl wird wieder eine lebhafte Tätigkeit entfaltet werden. Haben doch gerade die „Jungen“ das größte Interesse am Wahlausgang, da sie noch am längsten unter den Verhältnissen zu leben haben, die sich neu gestalten. Darum muß es gerade jetzt wieder heißen: Jungsozialisten heraus!

Am kommenden Mittwoch den 9. Februar, abends 7 1/2 Uhr, spricht im Lokal von Gd. Holz, Tischlerkrugstraße 22, der Genosse Otto Winger über

Die Aufgaben der jungen Sozialisten bei den Preußenwahlen.

Alle Parteigenossen und -genossinnen bis zum 25. Lebensjahr müssen zu dieser Versammlung erscheinen. Es gilt nicht nur der Landtagswahl. Es gilt, Stellung zu nehmen zu den Aufgaben, die uns als junge Sozialisten bevorstehen. Der Jugend gehört die Zukunft, aber nur, wenn sie darum kämpft. Den Kampf um die Zukunft gilt es zu führen. Folgt alle unserm Ruf: Jungsozialisten heraus!

Zur Nachahmung empfohlen!

Einen bemerkenswerten Beschluß, der auch in Preußen besondere Beachtung verdient, hat die anhaltische Regierung in einer ihrer letzten Sitzungen mit Bezug auf die Zuweisung von Wohnungen gefaßt. Es heißt darin:

„Nach Zeitungsmitteilungen und amtlichen Nachrichten sind in verschiedenen Gemeinden Anhalts in letzter Zeit öfter Bestimmungen über Wohnungszuteilung dahin gegangen, daß Neuverheirateten oder überhaupt Personen unter einem bestimmten Alter Wohnungen nicht zugewiesen werden oder daß sie bis auf weiteres keine Aussicht auf Zuweisung einer Wohnung haben oder daß die Listen für sie geschlossen oder auf Zeit geschlossen sind oder so ähnlich. Der Staatsrat für Anhalt hat sich in seiner letzten Sitzung dahin schließend gemacht, daß alle diese Beschränkungen unzulässig und zu mißbilligen sind und die Wohnungsämter entsprechend angewiesen. Nach den reichsrechtlichen Bestimmungen hat jede Person grundsätzlich Anspruch auf Aufnahme in die Wohnungsliste und Zuweisung einer Wohnung nach Maßgabe der Zeit ihrer Anmeldung. Dies ist auch vom Reichsarbeitsminister wiederholt betontes Recht und darf nicht durch Ausnahmebestimmungen mehr oder weniger zunichte gemacht werden. Für besondere Fälle ist schon durch die Möglichkeit bevorzugter Verbringung gesorgt. Im übrigen muß jede Familie und jede Person gleich behandelt werden. Reineswegs sind Ausnahmen zu Lasten Neuverheirateter zulässig. Wer das Recht zur Wohnung hat, muß auch, wie jeder andere Staatsbürger den Anspruch auf Anmeldungsmäßige Zuweisung einer Wohnung haben, sonst würde er schlechter als andere Staatsbürger behandelt, die vielleicht von auswärts zuziehen und möglicherweise ohnehin in gewissen Fällen noch vorzugsweise untergebracht werden müssen. Es werden dadurch auch ansässige Wohnungsinteressenten nicht geschädigt, da diese ja im allgemeinen, wenn sie nicht selbst durch eigene Schuld Veranlassung dazu geben, ihre Wohnung zu wechseln nicht gezwungen werden können.“

Dieser Beschluß der anhaltischen Regierung, der das gleiche Recht für alle — den vornehmsten Grundsatze der Weimarer Verfassung — klar zum Ausdruck bringt, ist nur zu begrüßen und sollte bei der preussischen Regierung möglichst bald Nachahmung finden. Bei uns in Magdeburg wird bekanntlich mit Bezug auf die Wohnungszuweisung im allgemeinen ein Mindestalter des Ehemanns von 30 Jahren verlangt. Nur in ganz dringenden Ausnahmefällen wird das Wohnungsamt von dieser Forderung abgesehen.

Beschlüsse des Wasserstraßenbeirats.

Der amtliche preussische Pressedienst schreibt:

Der Landeswasserstraßenbeirat hat am 20. Januar nach eingehender Beratung der ihm vom Minister der öffentlichen Arbeiten vorgelegten Denkschrift betreffend den Stand der Verhandlungen wegen Uebertragung der preussischen Wasserstraßen auf das Reich folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Es ist zweckmäßig, alle Staatshäfen unter angemessenen finanziellen Bedingungen dem Reiche zu übertragen. Sollten aber andere Länder — insbesondere die Hansestädte — die Uebertragung der Häfen verweigern, so müssen auch die preussischen Häfen ohne Ausnahme beim Lande bleiben.

2. Es ist nicht angängig, die Verwaltung der Wasserstraßen am 1. April 1921 ohne gründliche Vorbereitung während einer angemessenen Uebergangszeit, in der den Landesbehörden der Mittel- und Unterinstanz die Verwaltung verbleibt, Reichsbehörden zu übertragen. Es empfiehlt sich aber, das Uebergangsstadium möglichst abzukürzen.

3. Die Staatsregierung wird gebeten, dahin zu wirken, daß a) das Reich sich verpflichtet, den Hochwassermeldebienst und die Hochwasserborausage fortzuführen; b) das Reich sich verpflichtet, die Eisbrecharbeiten im Interesse des Hochwasserschutzes und der Landeskultur in der bisher von Preußen betriebenen Weise zu bewirken; c) das Reich sich verpflichtet, mit den Wasserstraßen auch die auf ihnen befindlichen Staatsstraßen zu übernehmen; d) die von Preußen begonnenen Bauten sämtlich vom Reich fortgesetzt werden und daß dabei die preussischen Interessen gebührend zu Worte kommen. Eine Vereinigung der Einrichtung mit dem Reichswirtschaftsrat ist nicht zweckmäßig. Solange das Reich noch keine Bezirkswasserstraßenbeiräte hat, bleiben die betreffenden preussischen Beiräte zweckmäßig in Wirkksamkeit; f) die Verteilung der auf den wichtigsten Strecken nicht mehr erhoben wird — auch auf der anderen Wasserstraßen in Wegfall kommt. —

— Sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion. Am Dienstag nach den Vorträgen Fraktionsführung. —

— Deutschnationaler Rummel. In einer deutschnationalen Versammlung sprach am Freitagabend in Friedrichs Festhallen der Abgeordnete Professor Strahmann aus Bayern. Er betonte besonders, daß von Bayern aus, mit Hilfe der Eisernen Kolonnen, auch wieder „Ordnung in Preußen“ hergestellt werden wird. Den Hauptteil seines Vortrags füllten wieder die üblichen deutschnationalen Phrasen aus: „Es lebe der Krieg!“, „Nieder mit Frankreich!“, „Für deutsche Ehre!“ usw. Die Sozialdemokratie, die Partei der Vaterlandsverräter, durfte naturgemäß nicht vergessen werden. Herr Strahmann konnte einfach als „gelehrter“ Mann nicht bezeichnen, wie Gemüthshändler Landräte, wie Arbeiterpräsidentenposten ausfüllen könnten. Besonders glücklich seien ja in dieser Beziehung die Magdeburger. Der Oberpräsident Hörfing, auch ungebildeter Arbeiter, hat ja total betrunken im Reichstag als Abgeordneter Standal gemacht. Herr Professor Strahmann stütze sich dabei auf eine Notiz der „Roten Fahne“. Wir sehen immer wieder dasselbe Bild: Deutschnationale und Kommunisten Arm in Arm. Zum Schluß führte er noch aus, daß uns nur die Monarchie aus dem Chaos retten könne. In der Diskussion sprach zuerst eine deutschnationale Frau, dann gab ein Stahlhelmsohn zu erkennen, daß er Deutschland in einer Exerzierplatz für Proletariatskinder verhandeln möchte. Besonders nobel war die Haltung des Versammlungsleiters, der nicht einstritt, als der Hilfsredakteur der Tageszeitung einen großen Teil der Versammlung „Neger“ und „grüne Jungen“ nannte. Ferner einen jungen Arbeiter, die nicht wilhelminische Parabelstellung innehatte, auforderte, „gerade Haltung“ anzunehmen, und als sich dieser weigerte, die Karte von ihm verlangte, damit sie gegenständig im Duell ihre Kraft zeigen könnten. So geschahen im demokratischen Deutschland von einem Hilfsredakteur der treu auf dem Boden der Verfassung stehenden „Magdeburger Tageszeitung“, Allgemeines Gelächter rief die Rede des Antifeminerichs Greiner hervor, dem sich noch verschiedene andre nationale Größen anschlossen. Einem Muffen, der in dieser öffentlichen Versammlung nach den Erfahrungen am eignen Leibe die deutsche Herrschaft in Polen schildern wollte, wurde natürlich das Wort entzogen. Unter lebhafter Unruhe ging schließlich die Versammlung auseinander, ohne das geliebte Hoch auf die verlassene Herrlichkeit auszurufen. Auf „Deutschland, Deutschland über alles“ wurde auch verzichtet, nachdem die „Volksstimme“ ihren Rüssel über den kürzlich veröffentlichten Artikel bekommen hatte. —

— Die Fortführung der Landgarbschule ist nunmehr, so wird uns geschrieben, sichergestellt. Allen, die durch ihre Unterstützung dazu beigetragen, wird von der Leitung hierdurch herzlich gedankt. Für den Ostern beginnenden 6. Hauptlehrgang liegt eine Reihe von Anmeldungen bereits vor. Eltern, deren Töchter die Schule verlassen, seien auf die ebenso gesunde wie nützliche und auch beruflich aussichtsreiche Ausbildung hingewiesen. Die Schülerinnen werden in Garten, Stall, Küche, Haus, Wäschküche unterrichtet. Das Schulgeld beträgt 10 Mark monatlich; die Verpflegung muß zum jeweiligen Tagespreis berechnet werden und kostet augenblicklich 2,50 Mark für Halbtagsverpflegung, 5 Mark für volle Verpflegung. Mädchen mit höherer Schulbildung können auch als Gärtnerlehrlinge eintreten und 1 bis 2 Jahre ihrer Lehrzeit hier zuzulegen. Das Lehrgeld kostet 20 Mark monatlich. Auch sie können auf Wunsch in der Schule beschäftigt werden und wie die Schülerinnen außerdem Ziegenmilch, das Glas zu 65 Pfa., genießen. Unverbindliche Besichtigung des 6 Morgen großen Schulgrundstücks kann zur Zeit der Sprechstunde, Montags und Donnerstags von 3 bis 5 Uhr, in Magdeburg-Gracau, Simonstraße 3a, erfolgen. —

— Keine Sonntagsarbeit in Bäckereien. Ueber die Sonntagsarbeit in Bäckereien und Konditorien herrscht eine gewisse Unsicherheit. Diese Betriebe berufen sich darauf, daß ein Gesetzesentwurf vorliege, der die Arbeit gestalte. In der Tat lag der Nationalversammlung der Entwurf eines Gesetzes zur Verringerung der Bäckereiverordnung vor. Er sollte beim Reichstag von neuem eingebracht werden. Man wollte eine 3stündige Sonntagsarbeit zur Herstellung leichtverderblicher Konditorewaren zulassen. Seitdem sind aber Bedenken dagegen entstanden. Man befürchtet davon insbesondere eine weitere Uebersetzung des Kuchenbrotverbot, da dann leicht auch Torten und dergleichen hergestellt würden. Nach einer Verfügung des Handelsministeriums an die Regierungspräsidenten sollen deshalb Zwangsmaßnahmen gegen die Sonntagsruhe nicht gebildet werden. Ausnahmen soll der Gewerbeaufsichtsbeamte jedesmal sorgfältig prüfen. —

Provinz und Umgegend.

Die geistige Waffe.

Im letzten Monat hat die „Volksstimme“ durch die eifrige... Die geistige Waffe.

Aufklärung und Belehrung

not tut, wird von diesen Leuten nicht beachtet. Sie schimpfen... Aufklärung und Belehrung.

Dieser schädliche Einfluß, der das werktätige Volk in den... Aufklärung und Belehrung.

Die Werbung für die sozialdemokratische Presse

ist allerdings auf dem Lande besonders schwer, weil erst Gewohnheit... Die Werbung für die sozialdemokratische Presse.

im Dienste des Großkapitals und der Junker

mehr oder weniger eifrig für die Herbeiführung der alten Abhängigkeit... im Dienste des Großkapitals und der Junker.

Dieser Feind des freien Volkes, der unter der... im Dienste des Großkapitals und der Junker.

Kort mit der kapitalistischen und „neutralen“ bürgerlichen Presse... im Dienste des Großkapitals und der Junker.

Wer für freies geistiges und wirtschaftliches Leben... im Dienste des Großkapitals und der Junker.

Parteinachrichten.

Diesdorf. Jungsozialisten. Am Mittwochabend 8 Uhr bei Picht... Parteinachrichten.

Arbeiter-Jugendvereine.

Diesdorf. Beide Bezirke beteiligen sich am Mittwochabend an der... Arbeiter-Jugendvereine.

Wahlberechtigte, die in die Wählerliste der Vororte eintragen... Wahlberechtigte, die in die Wählerliste der Vororte eintragen.

Milchschleher. Mehrere tausend Liter Milch hatte der... Milchschleher.

Verstohlen wurden: in der Martinstraße aus einer Wohnung... Verstohlen wurden.

Ein älteres Herrenrad ohne Marke, Nr. 115013, Rahmen... Ein älteres Herrenrad ohne Marke.

Von der Feuerwehr. Am Sonntag morgen waren in einem... Von der Feuerwehr.

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Vorstandssitzung am Montag den 7. Februar, abends 7 Uhr... Magdeburger Partei-Nachrichten.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Konzerte. Grell Stolze gab gestern unter Mitwirkung von... Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Das Auge des Buddha.

Roman von Friedrich Jacobson. (41. Fortsetzung.)... Das Auge des Buddha.

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 7. Februar. (Das Finanzamt Burg) schreibt... Kreis Jerichow 1 und 2.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Beendorf, 7. Februar. (Zur Siedlungsfrage.) Auf... Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Es ist nur ein Windhauch...

Es ist nur ein Windhauch, der den Segeln des Schiffes... Es ist nur ein Windhauch...

sehen gegeben, wenn sich der Stadler verpflichtet, 25 Jahre seine Arbeitskraft der Gewerkschaft zur Verfügung zu stellen. Nicht bloß der Mann, sondern im Fall einer Erkrankung auch die Frau oder ein Kind müssen dort tätig sein. Mit dieser Art von Bindung, die eine neue Art von Lohnslaverei darstellt, scheint es die Direktion außerordentlich eilig zu haben. Dieser Tage war schon eine sogenannte Adressierungskommission aus Magdeburg in unserm Orte. Wer aber nun etwa geglaubt hätte, die Herren würden den Großgrundbesitzern Land enteignen, hätte sich verrechnet. Man traute sich nicht an die Besitz von 150 bis 180 Morgen heran, aber den Pachtzins, der seit mehr als 20 Jahren von Arbeiterfamilien als Gemütsfeld bebaut worden ist, der soll enteignet werden. Alles Protestieren seitens des Amtsvorstehers Günther und des Genossen Friedrich nützte nichts. Da für unsere Gemeinde mit ihren 1500 Einwohnern nur etwa 70 Morgen Pachtland zur Verfügung stehen, kann gegen das Vorgehen der Kommission und der Gewerkschaft nicht scharf genug protestiert werden. Selbstverständlich ist es Pflicht der Gemeindevertretung, mit aller Energie diese Art der Siedlungsstätigkeit zu verhindern. Ein Protest ist bereits an den preussischen Landwirtschaftsminister abgegangen.

Kreis Kalbe.

Schönebeck, 7. Februar. (Freigewerkschaftliche Betriebsräte-Zentrale.) Für Mittwoch den 7. Februar, abends 7 Uhr, ist im kleinen Saale des „Stadtparks“ eine allgemeine Sitzung der Betriebsräte des Ortsausschusses und des Ortsrats der „Alfa“ anberaumt worden. In dieser Sitzung soll das für und Wider gegen die Zentralarbeitsgemeinschaften erörtert werden. Referenten sind Konrad Bruhns (Berlin) und Medakteur Lange (Berlin).

Schönebeck, 5. Februar. (Lebensmittelpreise.) Wennthalbens steht es so aus, als wenn die Lebensmittelpreise sich im Wobau befinden, weil auf dem Lebensmittelmarkt Schmalz im Preis um etwas nachgelassen hat. Die Betriebsräte sollten sich nicht von dieser Einzelercheinung täuschen lassen und etwa an sie herantretenden Maßnahmen für den Lohnabbau Folge leisten. Wer sich von dieser Einzelercheinung täuschen läßt, wird nur zu gut am eignen Geldbeutel verspüren, daß immer noch Kaufkraft von Papiergeldern nötig sind, um sich mit den notwendigen Nahrungsmitteln und Bedarfsgegenständen zu versehen. Geradezu ungläubliche Zahlen haben die statistischen Bureaus für Ende 1920 für die Kosten der Ernährung festgestellt. Für den Monat November 1920 ist das 14fache des Friedenspreises für Lebensmittel ermittelt worden. Im Juli 1914 stellte sich die dreifache Nation eines Marinejohannes auf 25,12 Mark wöchentlich. Im Oktober 1920 mußte für die gleiche Nation der Betrag von 332,20 Mark aufgewendet werden. Aber im November 1920 erforderte der Einkauf dieser Nation bereits die Summe von 357,05 Mark. Die Verteuerung der Ernährung hat im Laufe des Jahres 1920 geradezu rapide Fortschritte gemacht. Im Monat Dezember 1919 stellte sich der Preis der dreifachen Nation noch auf nur 114,85 Mark. Im Monatsdurchschnitt sind die Kosten der Ernährung, wie sie im Frieden gewesen war, im laufenden Jahr um 22 Mark wöchentlich gestiegen. Man muß nun unter den heutigen Voraussetzungen damit rechnen, daß die Verteuerung im kommenden Jahre womöglich in noch stärkerem Tempo zunehmen wird als im jetzt zu Ende gegangenen Jahre. Nichts rechtfertigt augenblicklich eine andre, weniger pessimistische Annahme für das kommende Jahr. Nehmen wir den Novembermonat eines jeden Jahres seit 1914 zur Grundlage der Berechnung, so finden wir, daß 1914 die Ernährung 27,86 Mark erforderte, 1915 38,86 Mark, 1916 52,84 Mark, 1917 55,49 Mark, 1918 82,49 Mark, 1919 108,83 Mark. Über 1920 sind 357,05 Mark nötig, um das Quantum Lebensmittel kaufen zu können. Von 1914 bis 1917 dauerte es drei Jahre, ehe die erste Verdopplung der Preise für Lebensmittel eintrat. Dann dauerte es zwei Jahre bis zur Verdopplung der verdoppelten Preissteigerung. Von 1918 bis 1920 hat sich aber die Steigerungsziffer des November 1919 nicht etwa in nur einem Jahre verdoppelt, sondern sie hat sich verdreifacht. Die Betriebsräte müssen diese ungeheure Preissteigerung für Lebensmittel im Interesse ihrer Arbeitskollegen bewerten. Laßt sie niemand von nebensächlichen Erscheinungen täuschen. Zahlen sind untrügliche Zeugen der rauhen Wirklichkeit.

Aus dem Wahlkampf.

Verfassungen.

Burg. Der Spitzenkandidat der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, Rektor Holz (Wischerleben), stellte sich am Freitag abend in einer gut besuchten Versammlung der Burger Arbeiterchaft vor. In fast anderthalbstündiger, durchaus sachlicher Rede beleuchtete er den Parlamentarismus und wie dieser früher fast ohnmächtig gewesen wäre, weshalb sich die Massen zum Teil von ihm abwandten. Er könne aber einflußreich gemacht werden, wenn große Massen die Parlamentarier stützen, weshalb müssen auch zu den Landesparlamenten jede einzelne Wählerin und jeder einzelne Wähler wählen. Es gälte die am 1. Juni erlassene erste Niederlage des sozialistischen Proletariats wieder wettzumachen, was um so leichter fallen müsse, als neun Zehntel der Wahlberechtigten dem Proletariat angehören. Es gälte diesmal zu entscheiden zwischen Sozialismus und Kapitalismus. In drei Herrschaftsklassen könne das Proletariat gegen den Kapitalismus an und es müsse gelingen, eine sozialistische Mehrheit zu erreichen. Mit diesem Ziele vor Augen möge man den Wahlkampf führen. Der Redner enthielt sich jedes Angriffs gegen eine der sozialistischen Parteien und der Vorsitzende schloß die wichtige bezaubernde Versammlung, in der auch keine Aussprache stattfand, mit der beachtenswerten Aufforderung, daß die Anwesenden, wenn sie nicht unabhängig wählen wollten, ihre Stimme einer sozialistischen Partei geben möchten. — Ein etwas milder Ton herrschte in einer am Sonntag vormittag hier von vier Vereinigten kommunistischen Partei veranstalteten Wählerversammlung. Der Referent Wöhrl (Halberstadt) sprach vor etwa 150 Personen über das Thema „Wirtschaftsanarchie und die politische Lage im Spiegel der kommunistischen Weltanschauung“. Fast 2 Stunden redete er. In ziemlich langatmiger Weise machte er den Versuch, die Erfahrenen in die Grundbegriffe des Kommunismus einzuführen. Militarismus, Bureaucratismus und Pfaffenberchenschaft seien die Stützen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Arbeiterorganisationen als Gegengewicht gegen diese. Der Krieg war nach der Auffassung des Redners ein Kampf des Kapitalismus gegen den internationalen Sozialismus. Daß neben der kommunistischen Partei auch die Unabhängigen und Rechtssozialisten für die Sozialisierung kämpfen, erkennt Redner an, nur die Wege zur Erreichung des Zieles seien verschieden. In den schönsten Farben schildert der Referent dann die Zustände in Sowjetrußland zum Ziesar. In einer gut besuchten öffentlichen Wahlversammlung, in der auch ein großer Teil Bürgerlicher aller Parteien zugegen war, führte Polizeipräsident Genosse Krüger (Magdeburg) den Anwesenden den Ernst der politischen Lage vor Augen. Er wies nach, daß wir die traurigen Zustände den reaktionären Kreisen verdanken, die sich nicht genug in Verleumdungen beizühilfen Arbeiterführer tun können. Die Deutsche Volkspartei at trotz ihrer „Bachmänner“ feins ihrer vielen Wahlversprechen halten können. In äußerst sachlicher Weise übte der Redner Kritik an dem Verhalten der bürgerlichen Parteien dem Volk gegenüber und hielt den Wählern die Leistungen der Sozialdemokratie in der schlimmsten Zeit des Vaterlandes vor Augen. Es keine der bürgerlichen Parteien den Mut fand, sich für den Bestand des Staates einzusetzen. Wenn die Einheit des schaffenden Volkes auch gegenüber dem Ausland notwendig erscheint, der esse sich, ob Bäcker, Bäcker oder Arbeiter, dafür ein, daß am

Wahltag die sozialdemokratische Liste den Sieg davon trägt. — Von den anwesenden Bürgerlichen nahm keiner zu den sachlichen Darlegungen umfers Genossen das Wort. Ein „noch“ Unabhängiger wollte kommunistische Phrasen in ungehörlicher Art und Weise vorbringen, wurde aber auf einstimmigen Versammlungsbefehl vom Versammlungsleiter, Genossen Partwig, daran gehindert, das Ansehen der Arbeiterschaft in den Augen der Bürgerlichen herabzusetzen und die Sozialdemokratie zu schädigen. —

Burg. Sozialdemokratische Partei.

Am Dienstag den 8. Februar, abends 8 Uhr, im Schützenhaus

Öffentliche Wählerversammlung.

Referent: 451

Landrat Magnus Gebhardt.

Klein-Wartenleben. Ueber Sozialdemokratie und Landtagswahl sprach Genosse Ludwig in einer Wählerversammlung, die nur mäßig besucht war. Er wies darauf hin, wie schädlich eine Rechtsregierung für die Bevölkerung sein würde. Deshalb muß der Sieg der reaktionären Parteien verhindert werden. Mit der Aufforderung, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und Leser der „Volksstimme“ zu werden und am 20. Februar sich weder von rechts noch von links in Verwirrung bringen zu lassen, sondern für die Liste der alten bewährten Sozialdemokratischen Partei zu stimmen, schloß der Redner seinen Vortrag. Die nächste Wählerversammlung, in der Genosse Ritsch (Magdeburg) sprechen wird, muß einen bessern Besuch aufweisen. —

Morsleben. Unsere erste öffentliche Wählerversammlung war leider nicht so gut besucht, wie es hätte sein sollen. Noch immer gibt es Arbeiter, die sich der sozialdemokratischen Organisation fernhalten und an keiner politischen Versammlung teilnehmen. Diese Wähler müssen aufgerufen werden, das Interesse für politische Fragen muß bei diesen Gleichgültigen geweckt werden. Genosse Meddiga legte in seinem Vortrag über die Bedeutung der Wahlen besonders den Frauen ans Herz, ihr Wahlrecht, das ihnen durch die Arbeit der Sozialdemokratie gegeben ist, am 20. Februar auszuüben und die sozialdemokratische Liste zu wählen. Am Wahltag darf keine Arbeiterfrau an der Wahlurne fehlen. Jeder Parteigenosse muß fleißig für unsere Partei agitieren, denn nur eine geschlossene Front des werktätigen Volkes in der Sozialdemokratie kann die erzkarte Reaktion zurückschlagen. —

Schönebeck. Unsere erste öffentliche Wählerversammlung hatte unter der Ungunst der Witterung zu leiden; trotzdem war der Besuch gut. Genosse Wittmann beleuchtete die Tätigkeit unserer Partei in der Preussischen Landesversammlung und erläuterte die Frage der Entschädigung an die Entente und deren Folgen. Die Forderungen seien unerfüllbar und bedeuten eine Verflistung des Volkes. Die bürgerliche Regierung habe im Ausland nicht das geringste Vertrauen. Die Wähler spüren nun, was sie am 6. Juni dadurch angerichtet haben, daß sie keine sozialdemokratische Mehrheit geschaffen haben. Die „Reiten“ der Reichsparteien wurden vom Referenten scharf kritisiert, das Versagen der Unabhängigen nach der Wahl am 6. Juni als schwerer Fehler gekennzeichnet, durch den sich die Partei mitschuldig an der Verwirrung der Verhältnisse gemacht hat. Darum gelte es, am 20. Februar für die Sozialdemokratische Partei zu stimmen. In der Aussprache meldete sich niemand zum Worte. Genosse Wusch konnte als Vorsitzender die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Agitation für die Partei, die noch nicht abgeschlossen ist, einen glänzenden Erfolg zeitigen wird; es sind allein in der letzten Woche über 200 neue Parteimitglieder und eine ganze Anzahl Abonnement der „Volksstimme“ gewonnen worden. Jeder muß dazu helfen, daß diese Zahlen sich noch weiter erhöhen. Die Parteigenossen werden an die Parole erinnert, keine gegnerischen Versammlungen zu besuchen, denn wir haben kein Interesse daran, unsere Gegner die Massen zu füllen und ihre Versammlungen interessant zu machen. Wenn aber der Parteivorstand zum Besuch einer Versammlung auffordert, dann ist ihr pünktlich und zahlreich Folge zu leisten. —

Wähler - Versammlungen!

Wahlkreis Kalbe.

Donnerstag den 10. Februar, abends-8 Uhr:

Barby, Referentin Genossin Wollmann.

Freitag den 11. Februar, abends 8 Uhr:

Alten, Referentin Genossin Wollmann (Halberstadt).

Breitenhagen, Referent Stadtverordneter Popken.

Sonntag den 12. Februar, abends 8 Uhr:

Wöbberitz, Referent Stadtverordneter Popken.

Kleine Chronik.

Die Spielbank im Reichsklosterkommissariat. Im Reichsklosterkommissariat in der Wichmannstraße in Berlin herrscht während der Nachtstunden tiefste Ruhe. Diese Tatsache ist Spielertreuen nicht unbekannt geblieben, denn Sonnabend acht erlebte man das Schauspiel, daß sich eine Gesellschaft von etwa 60 Personen im großen Sitzungssaal der Behörde damit vergnügte, eine Bank nach der anderen aufzuliegen. Dort, wo am Tage Kassen verteilt werden, wurden in der Nacht eifrig Kartenspielkarten verteilt, offenbar im Einverständnis mit dem Wörtner, der der spielfreudigen Gesellschaft Eintritt in die Lokale räumte gewährt haben soll. Aber auch hier waren die Spieler vor der Sipo nicht sicher, denn schon kurze Zeit nach Eröffnung des Spieles erschien der berühmte Lastkraftwagen, der die Teilnehmer von der euren Behörde nach einer ihnen etwas wenig willkommenen am Alexanderplatz brachte. —

Eisenbahnkatastrophe in Oesterreich. In Felixdorf, in der Nähe von Neustadt fuhr Sonnabend 1/3 Uhr früh ein Güterzug, den Schnellzug Karis-Wien. Die Ursache ist darin zu suchen, daß infolge von Telefon- und Telegraphenstörungen die Züge auf allen Stationen aufgehalten wurden und große Verspätungen erlitten. Die letzten drei Wagen des Schnellzugs wurden fast vollständig zertrümmert. Die Zahl der Toten steht noch nicht fest. Die Meldungen sprechen von 7 und 25 Personen. Die Zahl der Schwerverletzten ist groß und wird auf 40 Personen geschätzt. Die Rettungaktion gestaltete sich infolge der telephonischen Störungen und des andauernden Schneefalles sehr schwierig. —

Choleraerkrankungen in Romno. Wie die fettischen Blätter melden, kamen in Romno seit längerer Zeit Choleraerkrankungen vor, die, um einen Panikausbruch in der Stadt zu vermeiden, bisher verheimlicht wurden. Nunmehr erließ die kaiserliche Me-

gierung eine offizielle Verordnung über die Bekämpfung der Cholera. —

Die milblütige Frieda Hempel, die bereits vor Weihnachten 25 000 Mark zur Bekleidung armer Kinder aus Reupohl gesandt hat, überwieß nunmehr an ihren Wohlwollendsten das Erträgnis eines gelungenen deutschen Kinder veranstalteten Konzerts in Höhe von 170 000 M., die dem Reichsarztler, dem Magistrat der Stadt Berlin, den Staatskassen und den Sammlungen der Presse zur Ernährung unterernährter Kinder und Säuglinge zugeführt werden. Bei der Deutschen Wähnergenossenschaft wurde eine Skizze für arme Schauspielerkinder errichtet, die den Namen der wohlthätigen Spenderin trägt. —

Sport und Spiele.

Sportklub Fichte I gegen Weisthof I.

2:1 (2:1)

Die diesjährige Serie nähert sich ihrem Ende. Eine dieser Endspiele fand am Sonntag 3 Uhr in der Reustadt unter den ersten Mannschaften der obengenannten Vereine statt. Weisthof bei Anstoft und liegt sofort im Angriff. Der in der 11. Minute nach einer Flanke des Reichsaushen zum Erfolg führt. Der Platzbesitzer wird sehr leicht überlegen und gleicht in der 25. Minute durch einen Infolge Hand verwickelten Schmeier aus. Kurz danach gelang es ihm, aus einem Straßstoß heraus in Führung zu gehen. Nach dem Seitenwechsel haben die Gäste anfangs mehr vom Spiele, werden aber bald von den Hausherren abgeholt und lassen von einigen Durchbrüchen abgesehen, das Best nicht wieder aus der Hand. Mit diesem 2:1 Sieg hat die bessere Mannschaft einen verdienten Sieg errungen. Gegenwärtig 7:3 für Sportklub. Der Schiedsrichter Weisthof (Sportklub Burg) leitete das Spiel einwandfrei. —

Venedenbed I gegen Sportklub Burg I.

5:3 (4:0)

Am Sonntag den 30. Januar fanden sich in Venedenbed die beiden ersten Mannschaften genannter Vereine im Serienspiel gegenüber. Gleich von Beginn an zeigte ein interessanter, lebhafter Kampf ein. Durch gute Kombination und vorbildlichen Elfer ließ es den Einheimischen trotz kräftiger Gegenwehr dem Gäste möglich, bis Halbzeit viermal erfolgreich zu sein, so daß die Gäste beim Stande 4:0 gewechselt werden mußten. Nach Wiederantritt des Spieles das gleiche geschah. In wenigen Minuten das fünfte Tor. Jetzt werden die Bürger aber lebendig. Die Venedenbeder Hintermannschaft hat harte Arbeit zu leisten und gelingt es Burg in gleichen Abständen dreimal erfolgreich zu sein. Beim Schluß des Schiedsrichters Stich (Schönebeck) der das Spiel gut und einwandfrei leitete, stellte sich das Resultat auf 5:3. —

Sportklub Wader I gegen Fußballklub Sturm Schönebeck I.

1:1 (1:0)

Das angelegte Pflichtgesellschaftsspiel beider Vereine gelangte am Sonntag in Reubadenleben zur Ausführung. Völlig um 3 Uhr wurde das Spiel vom unparteilichen Schiedsrichter Wollmann (Reubadenleben) angepfiffen. Wader hat Anstoft. Es entwickelte sich ein scharfes Spiel. Die einheimischen Spieler leisteten gute Arbeit, jedoch unterbündet die Schönebecker Verteidigung jedesmal Erfolg. Nur vor Halbzeit ging Sportklub Wader durch einen prachtvollen Schuß ihres Mittelstürmers in Führung. Beim Stande 1:0 wurden die Seiten gewechselt. Nach Halbzeit daselbst wechselte offene Mittelstürmer. Dem eifrig spielenden Sturm der Gäste gelang es in der 70. Minute, durch ihren Mittelstürmer auszugleichen. Beide Mannschaften können bis zum Schluß nicht Zählbares mehr erreichen. Der Stand des Spieles war beim Schluß 1:1. —

Venedenbed II gegen Turner Burg II.

3:2 (1:1)

Unter Leitung des Schiedsrichters Henrich (Groß-Otterleben) begann das fällige Serienspiel obiger Mannschaften um 1.30 Uhr nachmittags auf dem Venedenbeder Sportplatz. Beide Mannschaften waren bestrebt, die beiden Punkte für sich zu buchen, was bis Halbzeit jedoch keinem gelang. Nach Halbzeit gelang es Venedenbed, seine Vorzahl auf drei zu stellen, denen Turner Burg nur zwei entgegenstellen konnten und somit die Punkte Venedenbed überließen mußten. Beiden Mannschaften ist zu rufen, daß sie noch kräftig üben, damit sie auch wirklich den Ball und nicht was andres treffen. Schluß 3 Uhr. —

Weisthof II gegen Sportklub Burg III.

4:1 (1:0)

Auf dem Sportklubplatz in Burg gelangte am Sonntag das fällige Verbandsfest obengenannter Vereine zum Austrag. Mit dem Anstoft der Gäste erzielte der Unparteiliche Rordt, (Wollplettin Wudau) das flotte Spiel. Gleich die ersten gut eingeleiteten Durchbrüche der Gäste werden geföhrt, reichen aber nicht zu einem Erfolg. Nun wechseln die Angriffe flott und beide Torhüter bekommen Arbeit. Erst in der 27. Minute können die Gäste in Führung gehen. Nach Seitenwechsel hat der Platzbesitzer mehr vom Spiel und kann dieses sogar leicht überlegen gestalten, da sich die Neuaufstellung und die Erprobung der Gäste nicht gut bewährten. Die Gäste beschränken sich nur auf Durchbrüche, die aber noch dreimal zum Erfolg führen, dem der Platzbesitzer nur einen, durch Hand verwickelten 11-Meter entgegensehen kann. Der Schiedsrichter war in seinen Entscheidungen nicht immer befriedigend. Ertenverhältnis 6:4. —

Venedenbed III gegen Klein-Otterleben I.

3:1 (0:0)

Ein schönes und interessantes Gesellschaftsspiel wurde von obengenannten Mannschaften ausgefochten. Trotz Spielers der Otterleben konnte die Venedenbeder technisch bessere Mannschaft den Sieg für sich erringen. Interessante Momente waren zu beobachten und das gegnerische Tor wurde von den Venedenbedern oft in Gefahr gebracht. Der Schiedsrichter von Groß-Otterleben leitete das Spiel unparteilich. Schluß des Spieles 12.15 Uhr. Vorher hatten sich die Venedenbeder II Jugend mit der Klein-Otterleben Jugend I gemessen. Auch hier konnten die Venedenbeder mit 1:0 den Sieg an sich reißen. —

Stand der Serienspiele 1920/21.

Name des Vereins	Spielte	Gew.	Unent.	Verl.	Punkte	Bemerkungen
Fußballklub Weisthof	14	9	1	4	19	9
Sportklub Burg	14	8	2	4	18	10
Vereinigter Turner Burg	13	6	4	3	16	10
Sportfreunde	11	7	4	0	14	8
Sportklub Fichte	12	4	4	5	11	13
Germania Burg	13	4	5	4	11	13
Freie Turner Venedenbed	13	4	1	8	9	17
Wader Reubadenleben	12	1	2	9	4	20

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorauszahlung, die Zelle 50 Pfg. aufgenommen.
Schönebeck. Freigewerkschaftliche Betriebsräte-Zentrale. Betriebsräte. Ortsausschuss und Ortsrat der Alfa am Mittwoch den 9. Februar, abends 7 Uhr, gemeinsame Sitzung im kleinen Saal des Stadtparks. [23:3]
Schönebeck. Deutscher Metallarbeiter-Verein. Am Dienstag den 8. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Vertrauensmännerversammlung bei Thelle, Feldschloßberg, Bahnhofsstraße 36. [23:3]

Wasserstände.

Ort	Wasserstand	Ort	Wasserstand
Pardubitz	6. 2. + 1,18 0,07	Düben	7. 2. + 1,04 0,18
Brandels	+ 1,94 0,08	Saale	
Reititz	+ 1,40 0,08	Großhls.	7. 2. + 1,98 0,12
Peitzers	+ 1,31 0,01	Erzba	+ 2,32 0,10
Aufßig	7. 2. —	Vernburg Stp.	+ 2,26 0,16
Dresden	+ 0,26 —	Naibe Oberpegel	—
Sorgau	+ 2,60 0,06	Naibe Unterpegel	—
Wittenberg	+ 3,59 0,07	Grizebne	—
Köslau	—	Saabel.	
Alten	6. 2. —	Brandenburg	
Barby	7. 2. + 3,50 0,15	Oberpegel	6. 2. + 2,40 — 0,19
Magdeburg	+ 2,78 0,12	Brandenburg	
Tangermünde	+ 3,91 0,09	Unterpegel	+ 1,82 0,04
Wittenberge	+ 3,75 0,07	Rathenow	
Lenzen	6. 2. —	Oberpegel	—
Alten	—	Rathenow	—
Dachau	5. 2. —	Unterpegel	—
Boizenburg	6. 2. + 3,13 —	Savelberg	—
Sobndorf	7. 2. + 3,18 — 0,02		

Wettervorherige.

Dienstag den 8. Februar: Abnahme der Bewölkung, vorwiegend trocken, etwas kühl. —
(Schluß des redaktionellen Teils.)

rasch und sicher wirkend bei:
Gicht, Rheuma, Nerven- und Kopfschmerzen.
Jogal schmeißt die Harnsäure aus und geht dabei direkt zur Wurzel des Leids. Keine schädlichen Nebenwirkungen, wird von allen Ärzten und Patienten empfohlen. In allen Apotheken erhältlich. [23:3]

Kaufen Sie

Dixie von Henkel

Seifenpulver

Preis Mk. 2.25 das Paket.

Alleinige Fabrikanten: Henkel & Cie., Düsseldorf.

echten, garant. reinen Rostocker Delikatess-Doppeltimmel

filtriert, fuselfrei, rektifiziert, 40%

Fabrik-Niederlage

Gebhard Zieseke, Bismarckstr. 32

Julius Krahnstöver

Dampfkornbrennerei und Likörfabrik, Rostock.

Für Wiederverkäufer

Räumungsverkauf von Restbeständen weit unter Preis!

Wollene und baumwollene Kinder-Strümpfe, Reihenhosen - Kinder-Anzüge, Barchenthemden, Normalhemden und Normalhosen, Strickjaden - Kaufhandschuhe, Männer-Chemisetts, Kopftücher - Damentwesten

Strickgarne

Bolms & Hey

Abt. Großhandel.

Warenangebot mit Preisabbau

Salz-Heringe Ernte 1919

10 Stück 4.50, 6.00 und 7.50, Schöb 28.00, 35.00 und 42.00 Mark, die Tonne von 215.00 Mark an. Es ist Reichsware in guter Qualität und kommen hier 600 Tonnen zum Verkauf.

Weichsel-Neunaugen

4-Eiter-Dose, 5 Pfund Inhalt, circa 45 Stück 95.00 Mark, (siehe in Fässern das Stück 2.10, die Ranfel 28.00 Mark)

Hering in Gelee, circa 7 1/2 Pfund Inhalt, circa 45 Stück 95.00 Mark, (siehe in Fässern das Stück 2.10, die Ranfel 28.00 Mark)

Salz-Heringe, neuste Ernte

Schotten, Engländer, Sünder u. Deutsche. Die Ware ist nur erstklassig u. stillig, Pflaumenmus (Schüringer) in 45-Pfund-Alblein, ausgewogen Pfund 4.75 Mark, in Alblein Pfund 4.20 Mark.

Salz-Schnelbohnen 1 Pfund 1.50 Mark, bei 10 Pfund 1.20 Mark, in Orbsotten zu 400 Pfd. 110.00 Mark. Saure Gurken (Kotbente) - Senf, Gurken (Spreewälder).

Konserven

Table listing various food products and their prices, including Riesenspargel, Stangenspargel, Brochspargel, Gemüse- und Suppen-Erbisen, etc.

Note: Nühren und Speisekartoffeln zum Tagespreis. - Heringe verkauft nicht unter 10 Stück. Verkauf von 8 bis 5 Uhr, Hof rechts. (Rein Raden.)

Albert Meißner Stephansbrücke 23, Telephone 5683, Ecke Petersbrücke.

Kopf-Wäsche für Damen das Beste zur Haar-Pflege!

R. Gembalowski, Breiteweg 208, Wäsche, Tüllwäsche, Zöpfe, Haar-Arbeiten, Haartinktur.

Grüne Heringe 1.50, Berta Weiß, Große Junterstraße Nr. 8.

Frauenhaar, Deutsche Frauenhaarsammlung, Heydeckstr. 5, 1.

Kaffee-Spezialgeschäft, Alfred Beckmann, Kakao - Keks - Schokolade - Tee, 2. Geschäft: Breiteweg 35.

Zur Konfirmation Kostüm- u. Anzugstoffe, 95 Mark pro Meter, Damensüßer, Kostüme, Röcke, Blusen usw.

Trauersachen, färbt innerhalb 24 Stunden!! Färberei Aug. Leis Nachf., Fabrik: Große Diesdorfer Straße 86.

Billige Woche! Die Preise sind bedeutend herabgesetzt. Normalwäsche, Herren-Hemden, Damen-Hemden, etc.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg, Mittwoch, 9. Februar, nachm. 4 1/2 Uhr, in 'Friedrichsplatz', Leipziger Str.

Deutscher Eisenbahner-Verband, Ortsverwaltung Magdeburg, Bezirks-Versammlungen finden statt: Alte Neustadt, am Dienstag den 8. Februar, abends 7 Uhr.

Emser Pastillen, gegen Heiserkeit, Husten, etc., Hof-Apotheke, Breiteweg 157.

Dankfagung, Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Ableben meines innig geliebten, mit unvergeßlichen Dank...

Arbeitsmarkt, Zuverlässigen, geübten Arbeiter, Albert Habich, Sudau, Schönebeker Straße 107.

Pantoffelfabriken, Leichte kiffierte Unterlederpalte, Leichte Badeschuhe, Meyer Michaelis.

Jahres-Hauptversammlung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (G. D. V.) - Ortsgruppe Magdeburg am Mittwoch den 18. Februar 1921, abends 7 1/2 Uhr.

Geschlechts-krankheiten, Dr. med. Damman's Heilmittel, Berlin S 100, Potsdamer Str. 121 B.